

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 48.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt.
Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen.

Cöln, den 26. November 1909.

Insertionspreis für die viergesp. Petitzeile 30 Pfg. Stellengesuche und Angebote, sowie Anzeigen der Stellenstellen kosten die Hälfte.
Redaktion und Expedition befinden sich Cöln, Palmstraße 14.
Telefonruf 3210. — Redaktionschluss ist Dienstag Mittag.

10. Jahrg.

Auf, Kollegen, schließt die Reihen!

Auf, Kollegen, schließt die Reihen,
Reicht euch die Bruderhand,
Alle müssen wir uns sammeln,
Stärken, fördern den Verband!
Laßt die Daulheit jetzt beiseite,
Setzt das Verhandlungsorgan,
Denn an Menschen, die nichts wissen,
Legt man's Maß der Dummheit an.

Gründlich müßt ihr euch schulen,
Pflegen den Gewerkschaftsgeist;
Legt ab das große Uebel,
Das gewöhnlich Stumpfsein heißt.
Auch die Trägheit laßt schwinden,
Die ja jede Arbeit schaut,
Und verschiebt nichts auf morgen,
Was ihr leisten könnt noch heut.

Eure Menschenfurcht verlernet
Seid nicht feige und nicht still,
Wenn man die gerechten Wünsche,
Die ihr stellt, beschneiden will,
Wartet nicht, bis andre kommen,
Macht selber frei die Bahn,
Ueberlasset auch nicht einem
Alles, was man selber kann.

Auf, Kollegen, schließt die Reihen,
Reicht euch die Bruderhand,
Schwörtet Liebe, schwörtet Treue,
Gew'ge Treue dem Verband!
Sammelt Kämpfer, sammelt Streiter,
Holt herbei den letzten Mann!
Was für alle wir erwischen,
Haben wir uns selbst getan!

Frankfurt a. M.

Hr. Kullmann.

Friedensschalmeien!

Von einer größeren Erregung, wie sie sonst bei Lohnbewegungen wohl zu verzeichnen, ist bei den jetzt durch die Kündigung von, für 52 Städte geltenden Verträgen, an denen rund 40000 Holzarbeiter beteiligt sind, kaum etwas zu verspüren. Das findet einmal seine natürliche Erklärung darin, daß der Schwerpunkt der Tätigkeit in dieser großen Tarifbewegung, nicht bei der Allgemeinheit, sondern bei den gewählten Vertrauensleuten und Zahlstellenvorständen liegt. Mit der Art der Führung der kleineren Lohnbewegungen, ist bei dieser bedeutungsvollen Bewegung sehr wenig auszurichten. Unsere Kollegen haben sich mit dieser Tatsache abgefunden und verzichten sie auf das so oft falsch verstandene „demokratische Prinzip“, daß alles durch Massenabstimmungen geregelt werden müsse. In solche Situation muß eben den Vertrauensleuten in besonderem Maße Vertrauen entgegengebracht werden.

Das kann als erster Grund gelten, warum die große Tarifbewegung sich in möglichster Ruhe vollzieht. Ein anderer Grund ist dann aber wohl noch der, daß die beiden Parteien in der Ansicht übereinstimmen, neue Tarife möglichst ohne vorhergehenden Kampf abzuschließen. Wohl nicht zu leugnen ist, daß ein großer Teil der Kollegen durch solche Friedensbetreibungen sich in den Glauben versetzen lassen, jeglicher Kampf sei ausgeschlossen. Gewiß wird auf beiden Seiten betont, daß man den gewerblichen Frieden erhalten wolle. Besonders tun sich darin die Arbeitgeber hervor, deren Schutzverband, trotz der vielen gegenteiligen Erfahrungen, der größte Hort des Friedens zu sein scheint. Schon erklärt man sich bereit, Zugeständnisse zu machen, durch die „der Stein des Anstoßes“ beseitigt würde. Allein, welche Zugeständnisse in den einzelnen Städten gemacht werden sollen, darüber herrscht noch keineswegs Klarheit. Und doch kommt es hauptsächlich darauf an. Unsere Kollegen haben gewiß berechtigten Grund, an diesen und jenen Orten Verbesserungen zu wünschen, die sich in der letzten Tarifperiode als dringend notwendig erwiesen haben. Inwiefern die Arbeitgeber diesen Wünschen nachzugeben gewillt sind, muß sich noch zeigen.

Falsch wäre es auf alle Fälle, der Friedensschalmeien halber, sich allzugroßer Hoffnungen hinzugeben. Das bisherige Verhalten mancher Ortsgruppen des Schutzverbandes der Arbeitgeber, sollte da zu denken geben. Die Leipziger Schiedsprüche und die Kämpfe in Frankfurt, Essen, Magdeburg, Ludenwalde usw., sind noch nicht vergessen. Dazu kommen noch Städte, wo die Unternehmer trotz des Friedensinstrumentes „Tarifvertrag“ recht eigenwillig auf Verhältnissen bestanden, die die Arbeiterschaft als sehr bedrückend empfand. Selbst angenommen, der Tarifvertrag habe in seinen Bestimmungen Lücken aufgewiesen, die eine präzisere Fassung der

Arbeitsbedingungen nicht ermöglichten, wäre es sicherlich ein Zeichen sozialer Einsicht gewesen, wenn die Arbeitgeber den Wünschen der Arbeiter sich entgegenkommender verhalten hätten. Allein schon das oft zutage tretende Verhalten auf einseitigen Auffassungen zeigt, daß der Preis, um den die Arbeitgeber neue Tarifverträge haben wollen, ein geringer ist. Zudem ist die Kündigung aller Verträge seitens der Unternehmer kein Zeichen für die Annahme, daß diese in verschiedenen Städten, wo eine Änderung besonders notwendig ist, nun auch in besonderem Maße entgegenkommen zeigen. Andernfalls hätte man den Arbeitern überlassen können, selbst zu entscheiden, wo Änderungen in den tariflichen Bestimmungen besonders am Platze sind. Das hat man nicht getan, sondern geglaubt, mit der Kündigung aller Verträge, die Arbeiterorganisationen nicht binden zu können. Die Kündigung aller Verträge wird als Gebot der Selbsterhaltung seitens der Arbeitgeber erklärt, ohne daß dabei bedacht wird, wie wenig die Arbeiterschaft ein Interesse daran hat, die Arbeitgeber zu ruinieren.

An der Tatsache, daß den Arbeitgebern der Frieden lieber ist wie der Kampf, wagt die Arbeiterschaft kaum zu zweifeln. Es kommt nur darauf an, um welchen Preis die Arbeitgeber Frieden haben wollen. Tragen sie den Verhältnissen Rechnung, so wird die Arbeiterschaft keine Lust verspüren, einen erbitterten Kampf „vom Saune zu brechen“. Den geschulten Gewerkschaftlern ist es hundertmal lieber, daß sie die Einrichtungen ihres Verbandes in stiller Arbeit zur kulturellen Hebung des Arbeiterstandes verwenden können, als daß sie genötigt werden, zu den Mitteln des Kampfes zu greifen. Die vielen, ohne Kampf geschlossenen Tarifabschlüsse der letzten Jahre beweisen das zur Genüge.

Wer jedoch den Frieden haben will, muß zum Kriege rufen. Dieses Wort gilt nicht nur in der hohen Politik, sondern auch in der Gewerkschaftsstrategie. Im Zentralverbande christlicher Holzarbeiter haben wir dementsprechend gehandelt und verfügen wir heute über geschulte Kerntruppen und eine Avantgarde, die sich sehen lassen kann. Aber gleich den Kämpfern des Staates in kritischen Situationen muß auch in der Gewerkschaft in Zeiten der Tarifbewegung in besonderem Maße gerüstet werden. Ob Kampf oder Frieden, in jedem Falle müssen wir so dastehen, daß selbst der schwerste Kampf siegreich ausgetragen werden kann. Es gilt deshalb jetzt besonders, die Reihen der Kämpfer zu stärken und sie zu gewinnbringendem Wirken zu befähigen. Die Gelegenheit der Agitation und Organisation ist nicht immer in dem Maße gegeben wie jetzt. Benutzen wir sie und zeigen wir, daß wir wissen, was für uns bei der jetzigen Tarifbewegung auf dem Spiele steht. Vertrauen wir den Friedensschalmeien nicht zu sehr, legen wir das Maß der Aussichten auf eine friedliche Verständigung mit den Arbeitgebern viel mehr an, an der letzteren bisheriges Verhalten.

Arbeitslosenversicherung in Baden.

Vor einigen Monaten wurde von der Groß-Badischen Regierung eine Denkschrift über die Arbeitslosenversicherung herausgegeben. Dieselbe enthält eine umfangreiche Darstellung dessen, was schon in anderen Staaten, Gemeinden und Fachverbänden auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung geschehen ist. Nach einer kritischen Betrachtung der vorliegenden Einrichtungen stellt die Denkschrift folgende Festätze auf:

1. Solange nicht von reichswegen eine gesetzliche Regelung der Arbeitslosenversicherung stattfindet, kann nur durch größere Kommunalverbände auf diesem Gebiete Vorsorge getroffen werden.
2. Es empfiehlt sich, die gemeindlichen Einrichtungen zunächst auf die in Industrie und Handwerk beschäftigten Arbeiter zu beschränken und eine Ausdehnung des Personenkreises erst allmählich stattfinden zu lassen.
3. Es erscheint geboten, die Versicherung so einzurichten, daß sie ebensowohl von nichtorganisierten als von organisierten Arbeitern benutzt werden kann.
4. Da für organisierte Arbeiter das Bismarck-System, für nichtorganisierte Arbeiter das Kölner System sich bewährt hat, so empfiehlt es sich, diese beiden sich ergänzenden Systeme — Abweichungen vorbehalten — nebeneinander zur Anwendung zu bringen.
5. Es wird dahin zu wirken sein, daß auch dem Vorbild der belgischen Agglomerationen (Aufhäufungen) an die Einrichtung, welche die Hauptgemeinde eines Industriezentrums trifft, die umliegenden Gemeinden, in welchen Arbeiter in größerer Zahl beschäftigt sind oder ihren Wohnsitz haben, sich anschließen.
6. Wenn die nichtorganisierten Arbeiter von der freiwilligen Versicherung nicht in dem Umfang, welcher im öffentlichen Interesse wünschenswert ist, Gebrauch machen, wird ein Gesetz zu erwägen sein, daß die Gen. eid. Gen. bezeugt, auf Grund eines Ortsstatuts obligatorisch Arbeitslosenversicherung der ortseingetragenen Arbeiter einzuführen und hierfür Beiträge zu erheben.
7. Da das wichtigste Korrelat (Ergänzung) der Arbeitslosenversicherung darin besteht, daß der Arbeitslosigkeit vorgebeugt und den sich als arbeitslos wendenden Personen Beschäftigung nach oder zugewiesen wird, so ist die Versicherung organisch aufs engste mit dem städtischen Arbeitsnachweis zu verbinden und mit diesem einheitlich zu leiten. Die städtischen Arbeitsnachweise sind unzulässig so zu gestalten, daß sie den gesamten Arbeitsmarkt beherrschen

und in Fühlung mit anderen Arbeitsnachweisen, den Gewerbetreibenden, den Arbeitern und deren Organisationen den Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage herbeizuführen vermögen. Die Oberleitung des städtischen Arbeitsnachweises der städtischen Notstandsarbeiten und der Arbeitslosenversicherung ist in einer Hand zu vereinigen. Zu diesem Behufe sind die Arbeitsnachweise zu Arbeitsämtern auszubilden und umzugestalten.

Die Denkschrift war den Interessenten, Gemeinden, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen zugestellt worden, damit dieselben sich u. a. auch zu den gestellten Fragen äußern konnten. Außerdem war eine Konferenz in Aussicht genommen, in welcher die Arbeitslosenversicherung besprochen werden sollte.

Bestenfalls hat man am Freitag den 12. November in Karlsruhe stattgefunden und dürfte es sich lohnen, einige wichtige auch allgemein interessierende Momente wiederzugeben. Wie kaum anders zu erwarten war, sprachen sich die Vertreter der Handelskammern und industriellen Verbände, sowie die Oberbürgermeister von Karlsruhe und Mannheim gegen die Einführung der Versicherung aus. Die Vertreter des Handwerks, die früher auf einer Konferenz der vier badischen Handwerkskammern es „als zeitgemäß betrachtet haben, daß dieser Frage näher getreten werde“, sprachen sich nunmehr zum größeren Teile ebenfalls dagegen aus. Der Verband der badischen Gewerbe- und Handwerkervereine und die Handwerkskammer Karlsruhe ließen durch die Vertreter erklären, daß sie gegen die Versicherung, der Vertreter der Kammer Freiburg dagegen dafür sei. Die Vertreter der Landwirtschaftskammern sprachen sich für die Versicherung aus, jedoch nur für die Städte, da man auf dem Lande die Arbeitslosigkeit nicht kenne.

Daß die Arbeitnehmer aller Richtungen für die Versicherung eintraten und den Ansichten der übrigen Interessenten entgegenstehen, ist selbstverständlich. Doch Interesse dürfen die „Grund“ sein, die von den Gegnern gegen die Versicherung angeführt wurden. Daß die alten Einwände von der unerträglichen Belastung der Industrie, und der durch die weitere Bekämpfung zu erwartenden Konkurrenzunfähigkeit auf dem Weltmarkt herhalten mußten, versteht sich von selbst. Daß aber die Industrie sich stets bemüht habe, die Arbeitslosigkeit möglichst zu verhindern, so daß dadurch die Einführung der Versicherung sich als überflüssig erweise, dürfte neben dem Vertreter der Industrie kaum noch ein anderer Mensch glauben. Allerdings um die Unmöglichkeit, Ueberflüssigkeit, Schädlichkeit usw. einer Arbeitslosenversicherung darzutun, muß schon manches vorgebracht werden. Da wird der Befürchtung Ausdruck gegeben, die Versicherung steigere die Zahl der zu Unterstützenden ins Ungemessene. Durch dieselbe würden die Fauten begünstigt und der Zwang, Arbeit zu suchen, höre auf. Dadurch, daß dem Organisierten zu der Unterstützung Zuschüsse gewährt werden sollen, schaffe man ein Mittel zur Stärkung der bösen Gewerkschaften. Wolle man die Wirkungen der Arbeitslosigkeit abschwächen, so müsse auf die Erziehung der Arbeiter mehr Gewicht gelegt werden. Sparsam und Rührigkeit gefördert, vornehmlich gewirkt, und schließlich eine internationale Verständigung angestrebt werden. Gegenüber solchen Darlegungen hoben sich die Ausführungen des Unparteiischen, Geh. Hofrat, Professor Dr. N. J. N. J. Freiburg, vorteilhaft ab. Derselbe gab seinem Erstaunen darüber Ausdruck, daß die Arbeitgeber heute gegen die Arbeitslosenversicherung mit denselben Argumenten operierten, wie schon vor 20 und 30 Jahren gegen die Arbeiterchutz- und Versicherungsgesetzgebung. Erwidern sei heute erwiesen, daß diese Gesetze der deutschen Industrie nicht nur keinen Schaden gebracht haben, sondern daß die Industrie stets in der Konkurrenz auf dem Weltmarkt im Fortschreiten begriffen sei. Nach Ansicht des Herrn Professors wird und muß die Arbeitslosenversicherung kommen. Jedoch fanden solche Ausführungen wenig Anklang und muß das Resultat der Konferenz als ein negatives bezeichnet werden; bei den Verhandlungen ist für die Arbeiterschaft herzlich wenig herausgekommen. Am Schlusse der Beratungen betonte der Minister v. S. o. m. a. n. n., daß, wenn auch heute nicht der gewünschte Erfolg erzielt worden sei, so doch die gegenseitige Aussprache der Sache nur genügt, so daß die Arbeiterschaft keinen Grund zum Unmut habe. Er werde die Sache im Auge behalten und den Arbeitsnachweisern, weil vorbeugend wirkend, volle Aufmerksamkeit schenken. Ebenso sollen die Arbeitslosenzahlungen vervollkommen werden, um genaue statistische Unterlagen zu erhalten.

Damit dürfte vorläufig die Frage als „erledigt“ zu betrachten sein. Die Arbeiter werden aber auch weiterhin die Sache nicht aus dem Auge verlieren und bei Regierung wie Kommunen ihre diesbezüglichen Wünsche

und Forderungen vorbringen. Und das erscheint um so notwendiger, als man manchmal der Ansicht begegnet, daß die Durchführung der Arbeitslosenversicherung deshalb erschwerer, wenn nicht unmöglich sei, weil zu wenig Erfahrungen auf diesem Gebiete vorliegen. Wird es also möglich durch das Vorgehen einzelner Kommunen, mehr Erfahrungen zu sammeln, so dürfte künftig den mannigfachen Einwendungen mit größerem Erfolge entgegen getreten, und diese wichtige Frage Schritt um Schritt der Lösung näher gebracht werden können.

Bei den Korbmachern!

Aus Cassanfahrt wird uns geschrieben: Im Arbeitssaal der hiesigen Korbmacherzunft, fand am 31. Oktober eine Versammlung statt, in welcher Arbeitersekretär Kollege Troßmann-Münchenberger referierte. Der Redner führte folgendes an: Erstlich ist es, daß wir heute unsere Versammlung in einem Arbeitssaal abhalten, in welchem zur Zeit der größte Teil der hiesigen Verbandsmitglieder für eigene Rechnung und durch Vermittlung und Unterstützung des Verbandes die Herstellung von Geschloßkörben für die Königl. Artillerie-Werkstätte betreiben. Es ist dies in Bayern bis jetzt nirgends mehr der Fall und deshalb ein Beweis des Fortschrittes bei den hiesigen Korbmachern, die es so weit gebracht haben, genossenschaftlich zu produzieren zu können. Auf den Hauptpunkt der Tagesordnung: „Stand des Arbeiterschutzes und des Versicherungswesens“ übergehend, fuhr der Redner fort: Mit Rücksicht auf die an den Staat gestellten Forderungen würden schon vor mehr als 20 Jahren verschiedene Gesetze geschaffen, zur Sicherung der Eristenz und zum Schutze für die Arbeiter; dieser Schutz sollte der großen Masse der Arbeiter zugute kommen. Leider aber haben bis jetzt heute besonders die Heimarbeiter von dem gesetzlichen Arbeiterschutz keinen Nutzen, obwohl besonders den Heimarbeitern, zu denen größtenteils auch die Korbmacher zählen, viel schlechtere Arbeits- und Lohnverhältnisse geboten werden wie anderen Arbeitern. Den weiblichen Arbeitern in Fabriken sichert der gesetzliche Arbeiterschutz eine kürzere Arbeitszeit, verbietet für sie die Nachtarbeit, gibt ihnen am Vorabend der Sonn- und Festtage eher frei usw. Die weiblichen Arbeiter in der Heimindustrie, die größtenteils in ihren Wohnungen arbeiten, spüren von allen diesen Wohlthaten nichts. Niemand kümmert sich darum; in die Wohnung des Heimarbeiters dringt keine gesetzliche Vorschrift. Niemand kümmert sich darum, wenn die ganze Familie bei übermäßig langer Arbeitszeit auch nur einen Arbeitsverdienst von 10—13—14 M. hat pro Woche. Wie mit dem Arbeiterschutz, so steht es auch mit der Arbeiterversicherung bei den Heimarbeitern. Dieselben gehören nicht der Invaliden- und nicht der Krankenkasse an. Für sie braucht kein Arbeitgeber die Hälfte bzw. ein Drittel der Beiträge zu leisten. Auf diesem Gebiete genießt der Heimarbeiter von allen gesetzlichen zum Schutze der Arbeiter geschaffenen Wohlthaten nur das Mindeste, obwohl gerade der Heimarbeiter dieses so sehr notwendig benötigt, wie die anderen Arbeiter auch.

Was ist nun die Folge? Die Verhältnisse werden dadurch immer schlechter, es wächst die Konkurrenz und damit eine immer mehr angedrückte Arbeitszeit im Tag, fast wie hier den Ausgütern zu schaffen. Die Gewerkschaften haben schon verschiedentlich Erhebungen über die Verhältnisse der Heimarbeiter erhoben, um Arbeit zu bekommen. Von dieser Seite wurde auch angelegt, daß durch Einführung von Schünmieren, Lohnstellen für die Arbeitgeber und Lohnarbeiter für die Arbeiterhersteller zu erreichen ist. Auf den Lohnarbeitern stehen dann die Lohnstellen und Lohnarbeiter der verschiedenen Betriebe, umgesehen und allmählich ein Ausgleich gebildet werden. Dadurch würde verhindert, daß

jetzt der Fall ist, daß z. B. der Arbeitgeber zum Arbeiter sagt: Der und der Arbeiter macht die Arbeit billiger, Du mußt es auch so billig machen, oder kannst aufhören. Auf diese Weise drückt der Arbeitgeber in sehr vielen Fällen den Lohn der Heimarbeiter herab. Ja, es gibt gar noch Zwischenmeister, die die Arbeit in Auftrag nehmen, von den Arbeitern herstellen lassen und diesen geben, was ihnen eben gefällt. Es ist eine traurige Tatsache, daß die Heimarbeiter bei einer unmenschlich langen Arbeitszeit, viel schlechterem Lohn haben, wie die Fabrikarbeiter, obwohl für sie der Unternehmer keine Wertigkeit zu stellen, keinen Versicherungsbeitrag, keine Steuern usw. zu entrichten braucht.

Wohl haben auch die Heimarbeiter bereits angefangen, sich zu organisieren, und mit der Zeit werden auch die anderen folgen. Der Einzelne ist eben machtlos; er kann wohl schimpfen und kritisieren, aber er kann nichts ändern, da hilft nur der Zusammenschluß aller Kollegen. Auch hier ist in dieser Beziehung bereits ein Anfang gemacht und werden von den organisierten Kollegen, wie eingangs erwähnt, genossenschaftlich Geschloßkörbe fabriziert. Dies ist gewiß ein Fortschritt. Die Arbeiter haben etwas bessere Löhne und eine geregeltere Arbeitszeit. Das System der genossenschaftlichen Produktion bewährt sich. Es ist Tatsache, daß hierdurch auch die anderen, unorganisierten Kollegen einen gewissen Vorteil haben, bessere Löhne usw. erzielen; die Arbeitgeber können eben doch nicht so vorgehen, wie ehemals. Leider sehen die Unorganisierten es aber nicht ein, daß sie die Verbesserungen indirekt nur dem Vorgehen und dem Opferinn ihrer organisierten Kollegen zu verdanken haben. Anstatt sich der Organisation ebenfalls anzuschließen, läßt man die anderen Opfer bringen und heimt die Früchte ein. (Die Zeiten können sich allerdings ändern und wenn es diese „Auge“ Kollegen nur später nicht bereuen müssen, sich der Organisation nicht angeschlossen und gemeinsam sich bessere Verhältnisse für die Zukunft gesichert zu haben. Ann. d. G.) Wenn auch nur eine kleine Genossenschaft vorhanden ist; so wird man schon dadurch einen großen Einfluß auf die Arbeitgeber ausüben können. Bei den heimarbeitenden Korbmachern erscheint die Verbindung zwischen Gewerkschaft und Genossenschaft als der geeignetste Weg zur Verbesserung ihrer Lage. Mit öfteren ausfichtslosen Streiks ist den Heimarbeitern nicht gebietet, zumal verschiedene unorganisierte Kollegen es als Lebenszweck betrachten, jeden geführten Streit unter allen Umständen umzuwerfen.

Durch die genossenschaftliche Arbeit der Gewerkschaftler kann den Arbeitern mancher Vorteil geschaffen werden. Die Arbeiter erhalten eher Kenntnisse von den Materialpreisen, mancher Kollege, der arbeitslos ist, kann beschäftigt werden, die Arbeitsverhältnisse können vielen Fällen vorbildlich sein usw. Von der Untunigkeit der Arbeiter, die sich nicht zusammenschließen, haben lediglich nur die Arbeitgeber den Nutzen, die die Sache anzunehmen verstehen. Erst kürzlich sagte noch ein Arbeitgeber: „Seit die Organisation da ist, weiß man nicht mehr, wann und wofür man ein andermal sagt ein Unrecht.“ Er wolle 500 M. zahlen, wenn der Verband nicht da wäre. Warum solche Reden? Die Antwort ist nicht schwer. So lange der Arbeiter sich alles gefallen läßt, ist er recht, sobald er sich aber rührt und keine Kollegen anführt, heimgesucht man die genossenschaftlichen Bestrebungen mit allen Mitteln, mit guten und schlechten.

Leider fehlt es noch sehr an Zusammengehörigkeitgefühl bei den Korbmachern. Soll es besser werden, müssen alle mitan, auch die und gerade die, die nicht ganz allein auf die Korbmacherei angewiesen sind und in der Landwirtschaft ihren Hauptern haben. Diese zahlen leichter ihren Mitgliedsbeitrag und auch sonst sind sie besser dran wie ihre Kollegen, die einzig auf ihr Gewerbe angewiesen sind. Niemand braucht mehr Jucht und Sorgen zu haben, dem Betrage der anderen Kollegen zu folgen, sondern alle müssen

sich anschließen. In unserem Verbands ist es nicht wie bei den „Sozis“. Wir führen keine Circül des Klassenkampfes wegen, sondern arbeiten positiv an besseren Verhältnissen für die Gegenwart. Auf den Zukunftsstaat zu warten, haben wir keine Lust. Femehr die Organisation erstarkt, je eher muß sie auch anerkannt und respektiert werden. Die in den hunderttausenden zählen, geben uns bei unseren Bestrebungen einen Rückhalt. Lokalverbände, wie sie namentlich von Arbeitgebern empfohlen werden, können nicht helfen, nur die Zentralorganisation ist imstande, allen Anforderungen gerecht zu werden. Ganz gewiß dürfen wir wohl damit rechnen, daß unsere Organisation wieder berücksichtigt wird, wenn einmal wieder ein größerer Bedarf an Geschloßkörben vorhanden ist. Unsere Organisation verfügt über ihre eigene Presse, die Forderungen der Kollegen, ihre Klagen usw. bringen überall hin. Nur durch die Zentralorganisation wird die Arbeiterkraft zur Macht. Es muß deshalb die Zeit kommen, wo alle hiesigen Kollegen der Organisation angehören.

Auch die Frauen müssen mitan. Alle müssen den Wert der Organisation erkennen und die guten Ratschläge in die Tat umsetzen. Gegenwärtig ist ein Ausschlag der Konjunktur zu bemerken. Mühen wir alles aus, damit wir so wenigstens Vorarbeit leisten, die Zukunft für unsere Kinder bessere Verhältnisse bringt und der Geist des Duldens und der Unterdrückung aufhört und verschwindet. Auf Kollegen, zur Organisation! Nicht gesäumt; es ist die höchste Zeit, daß wir durch ein gemeinschaftliches Zusammenarbeiten etwas erreichen können zum Nutzen aller Arbeiter, besonders aber zum Nutzen der Heimarbeiter.

Finanzreform und Volkswirtschaft.

VI.

Wie stellt sich nun gegenüber dem veränderten Niveau der Lebensmittelpreise das Niveau der Löhne? Wir gehen bei der Beantwortung dieser Frage in erster Linie von den wichtigeren lohnstatistischen Auszügen der Gewerkschaften nach den Berufsausschlägen des „Korrespondenzblatt“ aus. Der bisherige Auszug der genossenschaftlichen Statistik läßt leider eine Gegenüberstellung nach einheitlichen Gesichtspunkten nicht zu; doch reicht das gewonnene Material aus, um ein annäherndes Bild von der statgahabten allgemeinen Entwickelung zu gewinnen. Es bedarf wohl kaum eines besonderen Hinweises darauf, daß die Wirkung der Lohnveränderungen durch die Verhältnisse in den von ihnen betroffenen Orten stark beeinflusst wird. Und dann weiß jeder auch, daß zwischen den die Durchschnittsziffern ergebenden Höchst- und Niedrigstzahlen ein sehr weiter Abstand bestehen kann. Behalten wir aber im Auge, daß wir uns auch hinsichtlich der Veränderungen des Warenpreis-Niveaus mit allgem. i n e n Durchschnitten begnügen müssen.

Der Zentralverband der Maurer Deutschlands, dem fast für die gesamte Periode 1896 bis 1908 tatsächliche Unterlagen als Ergebnisse von Erhebungen zur Verfügung stehen, kommt, indem er sich über die Jahre, für die Erhebungen nicht stattfanden, mit vorsichtigen Schätzungen hinweghilft, zu dem Ergebnis, daß sich der durchschnittliche Stundenlohn von 34 Pf. im Jahre 1896, auf 50,5 Pf. im Jahre 1908 erhöht hat. Von den größeren Lohnsteigerungen der Spezialarbeiter ist dabei noch abgesehen. Wir hätten hier also eine Erhöhung des Stundenlohnes um 47 Prozent vor uns. Will man das Jahreseinkommen vergleichen, so ist auf die immittlichen eingetretene durchschnittliche Verkürzung der täglichen Arbeitszeit von täg-

Die sprach des Bebel?

Ein Japaner kam ein Kopierwerkzeug auf dem vom 16. bis 22. August des Jahres 1891 in Brüssel abgehaltenen Internationalen Arbeiterkongreß durch die gesamte Presse, das Wortlaut:

Die Barden am sozialen Körper müssen offengehalten werden; deshalb ist in den künftigen Maßnahmen zum Wohle der arbeitenden Klasse eine Gefahr zu erwidern.

Dieses bedenkliche Rezept, das bisher jahrelang, ohne eine Korrektur zu finden, durch die Presse immer wieder herab zu lesen, hat nun vor einigen Tagen auf eine direkte Nachfrage der sozialdemokratischen Rheinischen Zeitung an Bebel von diesem eine Erklärung in dem Sinne gegeben, daß er gelangt habe:

Die Sozialdemokratie muß für Klarheit eintreten und die Jünger in die Bunden der Genossenschaft legen, damit diese Bunden für alle sichtbar und zurechenbar werden. (Rhein. Ztg. Nr. 253.)

Wage des Bemerkungen:

1. Ueber den Internationalen Brüsseler Arbeiterkongreß vom Jahre 1891 erheben kein Zweifel, zugleich mit der Verhandlungen niedergerichtetes Protokoll, sondern ein solches ist erst zwei Jahre später, auf Grund der Veröffentlichung aus dem Jahre 1891, veröffentlicht worden. Es dürfte daher auch der sozialdemokratischen Presse schwer fallen, den Ausspruch Bebel's in seiner ursprünglichen Form festzustellen.

2. Die Bebel aber in Brüssel wirklich verstanden worden ist, dafür als Zeugnis zwei voneinander unabhängige, zugleich mit Bebel's an die Verhandlungen niedergerichtete und auch in jüngerer Hinsicht nicht bemerktene Berichte über die „Rheinische Zeitung“ vom 21. August 1891 über den Brüsseler Kongreß heißt es bezüglich der Rede des Herrn Bebel:

Die Deutschen seien nicht fertig, daß es die Anhänger der sozialdemokratischen Partei, nur die Arbeiterschutts-

schgebung anhängen zu lassen, sein, ihre Hauptkraft müssen die Arbeiter Deutschlands und der anderen Länder auf die Abschaffung der bürgerlichen Gesellschaft verwenden. Diese Standpunkt teilen die deutschen Genossen ohne Ausnahme. Alle Parteigenossen seien vollkommen einig, und wer etwa den nachgelassenen Standpunkt nicht vertritt, der müsse die Reihen der Partei einfach verlassen. ... Als die deutsche Reichsregierung der Schweiz die Initiative zur Arbeiter-Sozialpolitik übertrug, wolle sie sich als arbeitstunlich hinsetzen und der Sozialdemokratie den Wind aus den Segeln wehen. Wir waren keine Anhänger dieses Manövers, sondern in dem damals eben stattfindenden Kampfe unseren Standpunkt deutlich geltend zu machen, wie abbehalten, mit Willkürer Stimmen. ... Ueber den Punkt, man gebe nur solchen Bewerbern eine Stimme, welche den Beschäftigten des Pariser Kongresses gemäß eine Arbeiterschuttsforderung anstrebten, bemerkte er, daß dies den deutschen Sozialisten durchaus ungenügend sei, die nur für den Brüssel, der soll und ganz das reime sozialistische Programm anerkennen. Wer ein Arbeiterschuttsgesetz wünscht, sei darum noch kein Sozialist. Wir müssen darauf halten, die Klasse gegenstände klar und deutlich zum Ausdruck zu bringen, die Worte muß Reiz offen gehalten werden in dem gesellschaftlichen Körper, jede Vertuschung ist ein Fehler.

Nach der belgische Berichterstatter der „Köln. Volksztg.“ läßt Bebel in Nr. 226 vom 19. August 1891 in diesem Blatt folgendes sagen:

Der Deutsche (Sozialist) haben es für unsere erste Aufgabe, dahin zu wirken, daß die gesamte heutige bürgerliche Gesellschaft vom Erb- und Besitzstande; wir haben daher mit allen Mitteln dafür zu arbeiten; daß das letzte Ständlein dieser Gesellschaft bald schlägt und an ihre Stelle die sozialistische Gesellschaft tritt. Wer unter den deutschen Sozialisten diesen Standpunkt nicht teilt, der hat unsere Reihen zu verlassen. Man glaube daher nicht, daß man sich einigen Monaten als Reformist zu verhalten habe, daß eine Spaltung innerhalb der deutschen Sozialdemokratie eintrete. Als die deutsche Reichsregierung durch einen gewählten Enay der Schweiz die Initiative einer internationalen Arbeiterschuttsforderung übertrug, hat man glauben lassen, die

nehmen. Wir sind daher niemals auf dieses Manöver hereingefallen, und das, was gesetzgeberisch bei uns geschehen ist, hat uns so recht gegeben, daß wir Abgeordneten sogar gegen die augenblicklichen Arbeiterschutts-gesetze gestimmt haben. Was wir wollen ist, die Bunden am Gesellschaftskörper offen halten, die Klassengegensätze möglichst scharf zum Ausdruck gelangen lassen. Deshalb wird bei uns kein Kandidat aufgestellt, der nicht das gesamte sozialistische Programm bis in seine letzten Konsequenzen unterzeichnet. So sollte man auch andernwärts handeln und sich auf keine Halbtaten beschränken. ... Bebel bestreitet, daß die Arbeiter die Mittel und Fähigkeit besitzen, um Statistiken anzufertigen und auszuwerten. An der Arbeiterschutts-gesetzgebung habe die sozialdemokratische Partei gar kein Interesse.

3. Diese beiden Zeugnisse, die sich gegenseitig stützen, sind ein untrüglicher Beleg dafür, daß Bebel damals auf dem Kongreß und auch späterhin in der großen Öffentlichkeit ganz anders verstanden worden ist, als er heute nach 18 Jahren verstanden sein will.

Diese drei Feststellungen entfalten uns weiterer Bemerkungen. Wie sehr im übrigen die „Motive“ sozialdemokratischer „Sozialpolitik“ auf radikaler Seite sich in dem Gedankengang des von Bebel jetzt in seiner Richtigkeit bestrittenen Rezeptes bewegen, dafür einige bezeichnende Zitate:

„Man wird freilich in Berlin (gemeint ist die radikale Richtung) schon längst die Behauptung aufgestellt: alle Arbeiterschutts-gesetze seien völlig wertlos, nützen dem Arbeiter gar nichts, ja seien für die Befreiung des Volkes nur schädlich und hinderlich. Wer sich um keinen augenblicklichen Verbesserungen besorge, sei für die Revolution verloren!“ unter Zuge dürfte in der Gegenwart nur das Elend, nur ihre Unverbesserlichkeit sehen und müsse im übrigen nur auf die erhoffte Zukunft gerichtet sein. ... Eine solche Auffassung wird zweifellos von ihren Vertretern als besonders principienlos angesehen, aber sie ist im Grunde nichts als die Falschheit der Unfähigkeit und Verzweiflung. Ihr Grund-satz ist das anarchistische Wort: je schlechter es den Leuten geht, desto besser!“ (v. Tollmar: Elborabotenden, 1891 in München.)

„Man muß ganz allerdings das Streben für die Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter im heutigen Senat dazu beitragen,

Nach 11 auf 10 Stunden Rücksicht zu nehmen. Nach vorläufiger Schätzung verdiente ein Maurer 1895 durchschnittlich in 2507 Stunden 859,90 Mark, 1908 dagegen in 2372 Stunden 1197,86 Mark pro Jahr, das ist ein Mehrerwerb von annähernd 40 Prozent in einer um durchschnittlich 135 Stunden verkürzten Arbeitszeit.

Der Zimmererverband geht von den Zahlungen in den Jahren 1895, 1902 und 1908 aus. Die Vergleichbarkeit ist dadurch erzielt worden, daß die Verhältnisse in Bezug auf Tagesarbeitszeit und Stundenlohn in 152 Zahlstellen nach den Erhebungen in den drei bezaidneten Jahren einander gegenüber gestellt werden, wodurch allerdings der Prozentfuß der von der Statistik erfaßten Gesamtmittelgröße sich von 85 Prozent in 1895 auf 61 in 1902 und 60 Prozent in 1908 verringert. Die Statistik hält sich nicht wie jene der Maurer, bei der Entwicklung der Stundenlöhne auf, sondern schreitet allmählich zu der Darstellung der Entwicklung der Tageslöhne fort, damit die vielfach eingetretene Arbeitszeitverkürzung unmittelbar zum Ausdruck kommt. Maß der so für jede Zahlstelle vorgemommenen Berechnung des Tageslohns ist der Durchschnitt aller Sonntagstageslöhne festgestellt, und zwar beträgt derselbe für 1895: 4,02 Mark, für 1902: 4,81 Mark und für 1908: 5,61 Mark. Die Steigerung von 1895—1908 beträgt, danach 1,59 Mark = annähernd 40 Prozent. Ein Rückschluß auf die Einkommensverhältnisse für das ganze Jahr ist nicht versucht.

Die Statistik des Verbandes der Steinseher und Pfisterer begnügt sich mit der Uebereinanderanschauung von Einzelergebnissen ohne vergleichbare Durchschnittsflächen zu ziehen. Insbesondere werden auch Arbeitszeitverkürzung und Lohnsteigerung nicht in Beziehung zueinander gebracht. Wir begnügen uns mit der zum Schluß nur konstatierten — nicht des näheren belegten — Tatsache, daß in der Periode 1895—1908 der durchschnittliche Stundenlohn für Steinseher von 44 auf 64,1 Pfg., derjenige für Kammer von 31,7 auf 55,4 Pfg. gestiegen ist. Es läßt sich bei der ersten Arbeiterkategorie einer Steigerung von 20,1 Pfg. = ungefähr 46 Prozent, bei der letzteren einer solchen von 23,7 Pfg. = 75 Prozent, gleich.

Wir übergaben einige andere Statistiken, namentlich weil sie die in Rede stehende Zeitperiode nicht ganz umfassen.

Der Statistiker des Holzarbeiterverbandes benützt die Gelegenheit, um auf eigene Rechnung und Gefahr mit Raubth zu anzubandeln. Wir dringen aber, durch seine temperamentvolle Ausschweifung des ihm gescheitlen Themas hindurch, ohne weiteres zu dem Kern der Sache vor. Dieser besteht aus den Ergebnissen von vier umfassenden statistischen Erhebungen über Arbeitszeit und Lohnverhältnisse, die der Verband in den Jahren 1895, 1897, 1902 und 1906 vorgenommen, und die uns, wenn auch nicht genau, die Vergleichsperiode kennend, für unsere Zwecke gleichwohl verwendbar erscheinen. Die Statistik stellt zunächst für die Zeit von 1895 bis 1906 einen Rückgang der durchschnittlichen Dauer der Arbeitszeit in der Holzindustrie des ganzen Reiches von durchschnittlich 4 1/2 Stunden, nämlich von 61,5 auf 57,0 Stunden, fest. Neben dieser Reduzierung der Arbeitszeit ist eine Lohnsteigerung eingetreten, die von 1895 bis 1906 für alle Holzarbeiter den Wochenlohn von 18,69 auf 25,18 Mark emporschnellen ließ. Es besteht hier also eine Erhöhung von 6,49 Mark oder fast 35 Prozent. Der Gesamtdurchschnitt der letzten Jahre ist durch den Eintritt niedriger entlohnter Arbeitergruppen ungünstig beeinflusst. Wenn Einzelgruppen einzelner anderer Gruppen gewinnt das Bild daher entschieden. So beträgt die Lohnsteigerung (1895—1906) für die Tischler fast

40, für die Stellmacher sogar rund 43 Prozent. Ebenso gewinnt das Bild sehr, wenn Lohnsteigerung und Arbeitszeitverkürzung in Beziehung gesetzt werden, denn auf die einzelne Arbeitsstunde verteilt, beträgt die Lohnsteigerung für die Holzarbeiter 13,8 Pfg. (von 30,3 auf 44,1 Pfg.), oder rund 46 Prozent. Ein reiches Tabellenwerk illustriert die Angaben des Statistikers und soll insbesondere auch dem Nachweis dienen, daß zwar in den Großstädten die Lohnsteigerung fast durchweg den Gesamtdurchschnitt übersteigt, daß aber auch in den mittleren und kleineren Orten sich die Erfolge der gewerkschaftlichen Arbeit wohl „sehen lassen“ können.

Die Lohnverhältnisse der Buchdrucker passen im Grunde genommen weniger in diese Erörterung hinein. Im Buchdruckerberufe ist der Einfluß der Organisation auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bereits verhältnismäßig lange vor dem Jahre 1895 zu verspüren, weshalb hier eine gewisse Regelmäßigkeit der Fortschritt dieser Verhältnisse schon zu einer Zeit beherbergt, wo in den meisten anderen Gewerben der rasche Aufschwung der gewerkschaftlichen Arbeit sich in einer fast immer entsprechenden Sprunghaftigkeit in der Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen äußert. Dennoch ist im Buchdruckerberufe der, auch in der zur Sprache stehenden Periode erzielte Fortschritt noch ein sehr beachtlicher. Wir registrieren aus den vor uns liegenden statistischen Mitteilungen, daß 1896: 5, 1901: 7 1/2 und 1906: 10 Prozent Lohnerhöhung für alle bis 3 Mark über Minimum entlohnte Gehilfen, für höher Entlohnte eine solche „nach Vereinbarung“ stipuliert wurde. Hand in Hand damit ging eine Verkürzung der Arbeitszeit, von 1/2 Stunde pro Tag in 1896 und eine solche von 1/2 Stunde am Tag in 1906. Darüber hinaus ist die Spannung zwischen Grundposition und tatsächlich bezahltem Lohn eine stets beträchtlichere geworden. Die Lohnzuschläge, die für den betreffenden Ort und die innerhalb 10 Kilometer Entfernung von der Reichsberggrenze desselben liegenden Ortschaften gelten, schwanken zwischen 2 1/2 und 25 Prozent und kamen 1906 für 316 Orte und 45 230 Gehilfen in Betracht.

Wir beschließen die Uebersicht mit einigen Ziffern aus der Statistik des Bauhilfsarbeiterverbandes, die nur die Großstädte mit mehr als 100 000 Einwohnern und die Zeit von 1890—1908 umfaßt. Der Berichterstatter faßt seine Ausführungen dahin zusammen, daß der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst eines Bauhilfsarbeiters in den Großstädten von 650 Mark im Jahre 1890 auf 1100 Mark im Jahre 1908 gestiegen ist. Es läßt sich damit eine Steigerung von 450 Mark = rund 70 Prozent gleich.

Unter Berufung auf alle diese Feststellungen glaubt sich das „Korrespondenzblatt“ zu dem Schluß berechtigt, daß, wenn auch die Voransetzungen für die lidenlose Durchführung eines Vergleichs zwischen den Lohnverhältnissen der Gewerkschaften fehlen, barand doch unverkennbar hervorgeht, daß in den letzten 10—15 Jahren fast überall die Preissteigerung von 27,46 Prozent (nach den Calwerischen Indexziffern) durch entsprechende Lohnverhöhungen zum mindesten wettgemacht wurde; zum Teil wurden aber weit darüber hinaus Wohnverbesserungen erzielt.

Nehmen wir, da es sich hier ja nicht ausschließlich um die Bewertung des Erfolges gewerkschaftlicher Arbeit handelt, von den gewerkschaftsstatistischen Angaben Abstand, um Zeugnisse für die Entwidlung des allgemeinen Lohnniveaus heranzuziehen, so sehen wir uns auf die Angaben der gewerblichen Berufsgenossenschaften über die Jahresslohnbeträge der bei denselben

Versicherten als die alleinige allgemeine gewerbliche Lohnstatistik angewiesen, die uns in Deutschland für diesen Zweck zur Verfügung steht. Nun sind aber hinsichtlich der Verwendung dieser Quelle eine ganze Reihe von Einschränkungen zu machen. Es sind zunächst bis 1903 nur die anrechnungsfähigen Löhne wiedergegeben, indem der 4 Mark übersteigende Betrag des Tageslohnes nur mit einem Drittel zur Anrechnung gelangte. Erst von 1903 an liegen die wirklich verdienten Löhne zugrunde. Dann auch handelt es sich bei diesen Summen um Maximalziffern, weil bekanntlich auch die höheren Gehälter der versicherten Beamten und die Pauschaleinkommen der versicherten Unternehmer einbezogen sind. Gleichwohl kann, mangels anderer, besserer Unterlagen, auf die Lohnnachweisungen der gewerblichen Berufsgenossenschaften zurückgegriffen werden, um die Veränderungen des Lohnniveaus in dem uns beschäftigenden Zeitraum zu beleuchten — wobei sich aber der Mangel sichtbar macht, daß die Ziffern für 1908 noch nicht vorliegen. In der Zeit von 1895 bis 1907 stieg der Gesamtdurchschnitt der bei der gewerblichen Berufsgenossenschaften zur Anrechnung gelangten Lohnbeträge von 661,85 auf 932,84 Mark. Das entspricht einer Steigerung um 271,99 Mark oder rund 41 Prozent. Dieses Ergebnis, das, wie bemerkt, nur mit manchen Einschränkungen zu benutzen ist, bestätigt immerhin im großen und ganzen das mit Hilfe der gewerkschaftlichen Lohnstatistiken gewonnene durchaus, so daß die, durch die Lebensmittel-Verteuerung herbeigeführte Erhöhung der Kosten des Arbeiterhaushalts zumindest als überwunden gelten kann.

Es würde aber zu irriger Auffassung führen, wenn man die ganze eingetretene Lohnsteigerung gegen die Erhöhung der Lebensmittelpreise aufrechnen wollte. Denn tatsächlich wird nur ein Teil des Lohnes für die Lebensmittel verwandt und wird daher von der Lohnsteigerung auch nur ein entsprechender Teil durch die Lebensmittel-Verteuerung absorbiert. Der überschüssende Teil kann für andere Ausgaben des Arbeiterhaushalts: bessere Wohnung, Lebens- und Genusmittel besserer Art Verwendung finden.

Die aus den vorstehenden Darlegungen hervorgehende Erhöhung des allgemeinen Lebensniveaus der Arbeiter wird auch durch die Steigerung der Wohnungspreise nicht in Frage gestellt. Denn diese Steigerung ist in sehr vielen Fällen das Ergebnis einer Erhöhung der Qualität der Wohnungen und die vermehrte Benutzung solcher Wohnungen durch Angehörige des Arbeiterstandes würde eben nur ein Beweis mehr dafür sein, daß die Erhöhung des Einkommens manchen Arbeiter in der Verfügung über dasselbe etwas freier gemacht hat. Uebrigens haben auch, wie bereits angedeutet, die Calwerischen Indexziffern den Vorteil, daß sie durch die Einbeziehung von Steinkohle und Strohpreisen denjenigen Teil der Steigerung, der durch deren Verteuerung des Wohnungslohns trifft, vorwegnehmen. Allerdings ist damit erst ein geringer Teil des Wohnungspreises bzw. seiner Steigerung außer Betracht gesetzt. Genauere und umfassendere Berechnungen lassen sich aber nicht ausmachen, weil es an geeignetem statistischen Material fehlt. Mit Hilfe der Statistik des Tarifrates der deutschen Buchdrucker, die sich auf 600 Orte im Deutschen Reich erstreckte und nach den Veränderungen der Mietpreise von Wohnungen zu je 1 und 2 Zimmern, je mit 1 Kammer, 1 Küche und dem nötigen Zubehör forschte, konstatiert das „Korrespondenzblatt“ für die Jahre 1901—1905 eine Mietsteigerung bei den Einzimmerwohnungen von nur 4,5 Prozent, bei den Zweizimmerwohnungen von etwa 6, im Mittel also 5,7 Prozent. Diese Steigerung würde also hinter diejenigen, die die Calwerischen Indexziffern für den gleichen Zeit-

die Existenz dieses Staates zu verlängern, denn je wüthet es den einzelnen Gliedern eines Staatswesens geht, desto weniger werden diese Glieder dafür zu haben sein, eine Veränderung des Staatswesens herbeizuführen.“ (S. Fischer in der „Neuen Zeit“ vom Jahre 1899/1900 Seite 587.)

„Wenn die (sozialdemokratische Partei diese Aufgabe hätte (gemeint war die Verbesserung der Mängel und Schönheitsfehler des Gegenstandes), so würde sie schon viele Unterlassungssünden auf dem Kirchhof haben.“ („Arbeiter-Zeitung“ Dortmund 1905, Nr. 210.)

„Wenn wir uns die Politik zu eigen machen wollen, die er (Reichstag) als geordnetes Rüstzeug, welcher wünschte, die sozialdemokratische Partei möge für die soziale Gesetzgebung überhaupt stimmen“) uns empfiehlt, dann würden wir aufhören, eine Oppositionspartei zu sein.

Von einer revolutionären Partei wäre schon gar keine Rede, wir wären nichts als eine Posadowsky-Partei, die dazu da wäre, die sozialreformatorischen Gesetzentwürfe durchzubringen, die die Regierung zu gewähren die Gnade hat.“ (Lebour, Bremer sozialdemokratisches Parteitagsprotokoll S. 214.)

Also: Durch die Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter im heutigen Staat verlieren sie das Interesse an der sozialistischen Zukunftsgefellschaft; je schlechter es den Reuten geht, desto besser für die sozialdemokratische Agitation; wenn sie (die Sozialdemokraten) für die sozialen Gesetze überhaupt stimmen, dann sind sie keine revolutionäre, keine Oppositionspartei mehr — sind das nicht wahrhaft ideale Gründe für die sozialdemokratische Taktik: Die Finger in die Wunden der Gesellschaft zu legen.“

Und wenn man die Vertreter sozialdemokratischer Sozialpolitik einmal im Gesicht leuchtet, dann fühlen sich die Herrschenden so, als auf die Lehnen getreten und machen so in dieser unangenehmen Situation durch die ärgsten Schimpfereien!

Schiller und die Sozialdemokratie.

In allen Tonarten hat die sozialdemokratische Presse unsern großen Nationaldichter bei Gelegenheit seines 150. Geburtstags gefeiert und als den Jahren, den

Rebellen, den Vorläufer der sozialen Revolution in Anspruch genommen. Mit welchem Rechte? — fragen wir; waren die Ideale der roten Internationale diejenigen des bescheidenen, hochfliegenden Dichtersphilosophen in Weimar? Ein Blick auf Schillers Entwicklungsgang wird uns die beste Antwort auf die Frage geben.

In Schillers Leben haben wir eine Periode der unreifen Gärung und der männlichen Reife scharf zu unterscheiden. Von Natur mit einem leidenschaftlichen Drang nach Freiheit begabt, sah er sich durch das Machtwort eines absoluten Fürsten in eine Erziehungsanstalt gezwängt, welche keine Freiheit kannte, zu einem Studium gedrängt, das ihm nicht behagte. Da machte er in dem wilden Drama „Die Räuber“ seinem gepreßten Herzen Luft. Der Strafe für Uebertretung eines militärischen Befehls entzog er sich durch Desertion, und nun schwebte er noch mehrere Dramen in die Welt, welche in leidenschaftlicher Weise die Tyrannei und Knechtschaft geißelten. Es war die Zeit von Sturm und Drang, die Zeit, da in seinem Innern alles in wilder Gärung war. Diese Lebensperiode hatte er noch nicht ganz überwunden, als die französische Revolution ausbrach. Er feierte sie als den Völkerfrühling.

Aber nichts war mehr geeignet, ihm die Augen über die wahren Ziele der Revolution zu öffnen, als das französische Schreckensregiment, als er sah, wie fanatische, machthungrige Emporkömmlinge um die politische Herrschaft und um die dem Adel und der Kirche geraubten Besitztümer sich hyänenartig zerfleichten, und mit Entsetzen wandte er sich von diesem Bilde der Verwüstung ab. Im Lied von der Glocke hat er die Revolution geißelt.

Nichts Heiliges ist mehr, es lösen sich alle Bande frommer Scheu; Der Alte räunt den Plag dem Bösen, Und alle Laster wollen frei. Da werden Weiber zu Hyänen Und treiben mit Entsetzen Scherz; Doch blüht, mit des Panthers Zähnen, Herreten sie des Feindes Herz.

Er, der Mann der Einordnung, der Sanger der „hohen Ordnung“, der „legensreichen Himmelstochter“, die das Gleiche frei und leicht und fröhlich bindet, würde sich mit derselben Würde, mit der er sich gegen jegliche Tyrannei auflehnt, gegen die Tyrannei des Proletariats und den Machthungr seiner Großgigantoren auflehnt haben, d. h. gegen die völkerverhetzende, an die niedrigsten Leidenschaften der Massen sich wendende Sozialdemokratie.

Religiös hat Schiller zum positiven Christentum kein Verhältnis gewinnen können; in dem Gedicht „Die Götter Griechenlands“ hat er beklagt, daß der griechische Kultus der Schönheit dem einen christlichen Gott habe weichen müssen. Gätte er einen Blick in die Entfölklichung tun können, welche der Kult der Schönheit unter den Griechen angerichtet hatte, so hätte er, der Mann des starken sittlichen Bewußtseins, sich mit Ekel vom Bilde des Griechentums abgewandt. Erst spätere Geschichtsforschung hat uns in das Lasterleben der Griechen einen Einblick tun lassen. Und mit welcher Beachtung würde sich der Geistesmann Schiller von dem sadem Treiben des heutigen Freidenkertums abgewandt haben, er, der im reifen Alter sang:

Und ein Gott ist, ein heiliger Wille lebt,
Wie auch der menschliche schwankt;
Hoch über der Zeit und dem Raume webt
Lebendig der höchste Gedanke!

Echt sozialistisch ist es, diese Worte so zu brechen, als ob Schiller damit den Gott Menschheit gemeint habe, echt sozialistisch auch, das Bekenntnis des Dichters zum Unsterblichkeitsglauben:

Und es ist kein leerer, eitles Wahn,
Erzeugt im Gehirne des Foren;
Im Herzen kündigt es laut sich an,
Du was Bessern sind wir geboren!

auf den Zukunftsstaat anzuwenden. Wenn aber die Sozialdemokratie sich Schiller, den ag geflärt, tief für Freiheit und Fortschritt, für Recht und Gerechtigkeit, für Schönheit und bürgerliche Ordnung begeistert, zum Vorbild nehmen will, so soll's uns recht sein

raum hinsichtlich der Veränderung der Lage der Arbeiter nachweisen, zurückbleiben.

So wertvoll wie im Vorstehenden verbanden, verbleibenden Nachweise auch sind, so erscheint dennoch eine Warnung dringender angebracht, daß man sie nicht übersehen möge. Der Wert einer Statistik nimmt in dem Maße ihrer Einseitigkeit zu: sie ist für Vergleiche dann am wertvollsten, wenn sie sich auf möglichst die gleiche Personenzahl und Orte oder staatliche Gebiete erstreckt.

1. Die Wirkung des gesteigerten Volkswohlstandes ist auch an dem Arbeiterstand nicht ganz vorübergegangen. Eine Erhöhung des Arbeiter-Lebensniveaus als die Folge davon ist nicht zu verkennen. Eine andere Frage ist freilich, ob der Anteil der Arbeiter an der Steigerung des Wohlstandes einer gerechten Verteilung dieses letzteren entspricht.

2. Der letzte Grund des vermehrten Volkswohlstandes ist der Fortschritt unserer Volkswirtschaft. Ohne ihn würden auch die Bemühungen der Gewerkschaften schwerlich in der beschriebenen Weise von Erfolg begleitet gewesen sein.

3. Zum Beweise dafür berufen wir uns auf die Kennerung des Wohlstandes auf dem neuesten Verhandlungsprotokoll der 'frei' organisierten Arbeiter.

Sie, die wir doch mit wenigen Ausnahmen der Sozialdemokratie angehören, sind bekanntlich Gegner indirekter Steuern, aber wir sind keine Gegner der Steuer an sich.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

In Folge der Abreise sind wir darauf angewiesen, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 48. Wochenbeitrag für die Zeit vom 21. bis 27. Nov. fällig ist.

Die letzten Jahrbücher kann die Geschäftsstelle des Verbandes noch immer nicht zum Verkauf bringen, da dieselben vom Verlag noch nicht zugehört wurden.

Verloren und für ungültig erklärt wurde das Mitgliedsbuch 48568 auf den Namen Joh. Pollmann lautend.

Lohnbewegung.

Achtung! Seid Ihr gewillt in eine andere Arbeitsstelle einzutreten, so erhaltet Euch zuvor über die hier bestehenden Verhältnisse, bei der zuständigen Ortsverwaltung. Die Liste der im Organ verzeichneten gewerkschaftlichen Betriebe und Firmen findet keinerlei Gewähr dafür, daß bei angegebenen Firmen keinerlei Mißstände oder Differenzen bestehen.

Die Ortsverwaltungen haben bei allen Lohnbewegungen der Zentralstelle jede Woche zur Rechtfertigung einen Bericht über den Stand der Bewegung einzufachen.

Der Kampf ist ferngeblieben.

Schreiner und Zimmermeister: Gelbe, Höchst a. M., Zimmerstadt (Gedres).

Aussetzung in Höchst a. M. In Höchst a. M. wurden die Arbeiter und dem hiesigen Holzarbeiterverbande angelegentlichst empfohlen, weil die Verbände sich weigerten, einen Vertrag zu unterzeichnen, der zum Teil ganz wesentliche Verbesserungen enthielt.

gelang es, die größten Verschlechterungen auszumerzen, nur bei einigen Akkordpositionen blieben die Arbeitgeber auf ihrem Vorschlag bestehen. Dabei stützten sie sich darauf, daß in einigen Betrieben schon zu den von ihnen angelegten Preisen gearbeitet wird.

Ein weiterer Streitpunkt war die Verkürzung der Arbeitszeit. Als über diese Frage eine Einigung nicht zu erreichen war, kündigten die Arbeitgeber kurzerhand die Aussperrung an. Unfernerseits wurde dann der Vorschlag gemacht, diese Angelegenheit der zu bildenden Kommission der Zentralvorstände zu überweisen, die aus Anlaß der kommenden großen Tarifbewegung geschaffen werden soll.

Berichte aus den Zahlstellen.

Esfen. Trotzdem in Esfen schon seit Jahren die drei Haupt-Gewerkschaftsrichtungen vertreten sind, hat sich vor einiger Zeit auch noch eine gelbe Sumpfpflanze, genannt 'Nationaler Arbeiterverein Werk Krupp', eingemischt. Einige übernaturnatürliche Kruppsche Arbeiter, die ihr Heil schon in verschiedenen Organisationen versucht haben, auf Grund ihrer Bandlungsfähigkeit aber nirgends auf ihre Kosten gekommen sind, hatten endlich ihr gelbes Herz erfaßt.

Ein solche gelbe Vorlesung fand auch u. a. hier statt, am Sonntag den 14. November, im Saale der Hanja am Steelerort. Zu dieser Versammlung waren außer Kruppschen Arbeitern auch sonstige national-gefärbte Arbeiter eingeladen. Etwa der dritte Teil der Versammlungsteilnehmer fehlte sich aus Kruppschen Beamten zusammen, die sich im ganzen Saal verteilt hatten, an der Spitze der geistige Führer und Förderer der Gelben, Herr Max Halbach.

Die Reden waren sehr langweilig und ohne jeden Gehalt. Die einzigen selbständigen Gedanken dieses 'geistreichen Vortrages' bestanden in einer öden Schimpferei auf die 'Streikgewerkschaften'. Besonders liegen dem Herrn die christlichen Gewerkschaften schwer im Magen; diese seien in mancher Hinsicht noch gefährlicher als die roten. Interessant war auch die Zurückweisung der Behauptung in dem von sozial. Seite herausgegebenen Flugblatt, wonach die christlichen Gewerkschaften Schuld seien an der Entstehung der Gelben bei Krupp.

Verband gelauten und besonders unseren Vorbecker Kollegen noch sehr gut bekannt. Wie denkende Arbeiter sich als Gelbe erniedrigen können ist kaum zu begreifen. Besonders aber die Holzarbeiter bei Krupp haben doch schon mehr wie einmal Gelegenheit gehabt, die 'Kruppsche Wohlfahrt' im vollsten Maße auszunutzen. Einnettet sei nur daran, wie vor circa zwei Jahren eine ganze Anzahl Kollegen wegen Arbeitsmangel entlassen wurden, ohne teilweise aber auch nur einen Pfennig von den eingezahlten bedeutenden Pensionskassenbeiträgen zurückzuerhalten.

Die Bemerkungen welche an das Inserat des 'Vogelers Volksblattes' geknüpft sind, beweisen so recht die verlogene sozialdemokratische Kampfmethode gegenüber den christlichen Gewerkschaften. Denn entgegen den Behauptungen, steht die Tatsache, daß bei Kampshoff Mitgl. des Zentralverbandes Christl. Holzarb. überhaupt nicht beschäftigt sind.

Leipzig. Wie bereits unsern Mitgliedern bekannt, mußte der im Sommer angelegte Vortrag unseres Kollegen Reichstagsabgeordneten Becker-Berlin 'Die deutsche Reichsversicherungreform' verschoben werden. Derselbe findet nunmehr bestimmt am Donnerstag, den 25. November 1909, abends 7 1/2 Uhr, im Mariengarten Parkstraße 10 (großer Saal) statt.

Bayenburg. Zahlreich waren unsere Mitglieder zu der Versammlung am 17. Oktober erschienen, galt es doch unsern Zentralvorständen einmal in unserer Mitte zu begrüßen. Leider war es dem Kollegen Kurtzsch nicht möglich zu erscheinen, und sprang an dessen Stelle Kollege Stedem-Düffelborf ein.

Die Reden waren sehr langweilig und ohne jeden Gehalt. Die einzigen selbständigen Gedanken dieses 'geistreichen Vortrages' bestanden in einer öden Schimpferei auf die 'Streikgewerkschaften'. Besonders liegen dem Herrn die christlichen Gewerkschaften schwer im Magen; diese seien in mancher Hinsicht noch gefährlicher als die roten.

den alles nur Erdentliche an. Nach ihnen ist der christliche Hand nur durch Gnade des Zentrums, mit Hilfe der katho-

sch-Gmünd. Schlagfertige Sozialdemokraten. — Hier fand 31. Oktober eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt,

Danzig. Am 10. Nov. wurde hier die Gewerbeerichtswahl abgibt. Während früher nach Bezirken gewählt wurde, war für

Christliche Arbeiter! Das war die Antwort auf die sozial-

Fürth i. B. Die hiesige Zahlstelle rief wieder einmal die

Der „Hirsch“ wurde aber vom Kollegen Ulrich, sowie vom Re-

Forstheim. Wir konnten in unserer am 24. Oktober stattge-

Spaidingen. Die auf den 23. Oktober von unserer Zahl-

Billingen. Die von unserem Verbands am 30. Okt.

Jugoldstadt. Vollzählig waren unsere Mitglieder zu der am

Tapezierer und Sattler.

Von der sozialdemokratischen Tapezierer-Agitation

„Neubelebt wurde der Organisationsgedanke allerorts.“ So

Der Artikelschreiber des roten Verbandsorgans schreibt vom

zierer wissen, daß sie im Zentralverbande christlicher Holzarbeiter

Stellmacher.

Verhältnisse der Stellmacher in Schlesien.

Wohl in keinem andern Teile Deutschlands ist das Stell-

Wenn man der Frage nachgeht, weshalb der schlesische Wagen-

Krankengeldzuschusskasse.

Die neuen Statuten gingen den Verwaltungsstellen in

Adressen der Kassierer der örtlichen Verwaltungstellen.

- Köln: Hubert Rickard, Petersstraße 53.
München: Bernhard Diefenbacher, Warendorferstraße 43.
Aachen: Otto Junik, Gaidstraße 24.
Düsseldorf: Joseph Wolf, Suite 3.
Frankfurt: Johann Strauß, Gilden Kellerhof 7.
Hamburg: Radik, S. D. 33, Eisenbahnstraße 27.
Leipzig: Hermann Schimmel, Kottensplatz 6.
Potsdam: Richard Sangehl, Raargaße 8.
Stettin: Rudolf Kather, Fürstenstraße 32.

Coesfeld:	Heinrich Janning, Dülmerstraße 39.
Coeln-Nippes:	Heinrich Duntze, Steinbergerstraße 6.
Crefeld:	Josef Koring, Königsstraße 190.
Danzig:	Emil Krüger, Weibengasse 5.
Düren:	Karl Schöber, Am Sannberg 475.
Dortmund:	Franz Meens, Altes Wäldenweg 10.
Duisburg:	Johann Teerheiden, Zinnenbühl 31.
Düsseldorf:	Friedrich Bouhoff, Nordstraße 53.
Ehrenfeld:	Gubert Henzler, Benloerstraße 367.
Essen:	Franz Rast, Frohnhauserstraße 19.
Frankfurt:	Johann Despinne, Rachenstraße 23.
Frankfurt:	Josef Reisl, Haldestraße 19.
Freiburg:	Wilhelm Greier, Konradstraße 13.
Gärth:	Simon Neuberger, Marienstraße 16.
Gelsenkirchen:	Heinrich Köhler, Industriestraße 31.
Görlitz:	Franz Jager, Obermarkt 3.
Hannover:	Karl Kirchhoff, Alte Döhrenstraße 13c.
Hildesheim:	Philipp Roth, Humboldtstraße 14.
Kaiserslautern:	Heinrich Bedde, Luitpoldstraße 58.
Köln:	Josef Schmitt.
Köln:	W. Kalle, Witzgasse 11.
Königsberg:	Hans Gabschobinger, Bergstraße 151a.
Köpenick:	Josef Brüg, Sternstraße 14.
Krefeld:	Fritz Madensberg, Burgstraße 50.
Mannheim:	Josef Berg, Lotharstraße 9.
Mannheim:	Nikolaus Kausch, T. 3 17.
Milheim Ruhr:	Christian Steinmann, Dersch Bruchstraße 48.
München:	Martin Seibels, Tückenstraße 32.
Münster:	Josef Reher, Gagebornstraße 8.
Oberhausen:	H. Keller, Friedensstraße 80.
Offenbach:	Walter Hillmann, Dornstraße 72.
Pforzheim:	Stefan Kuhnlein, Luchensfeld.
Regensburg:	Georg Bayer, Furtwallerstraße 9.
Schleswig:	Gust Herzog, Brombergerstraße 7.
Schwabmünchen:	Josef Pfanzelt, 17c.
Stuttgart:	Ludwig Rüd, Nollenbergstraße 106.
Trier:	Josef Lambert, Röhrling Gärtenstraße 5.
Ulm:	Gerdhard van de Pas, Körnerstraße 130 1/2.
Worms:	H. van Axel, Neue Königsstraße 35.
Wuppertal:	Johann Schulz, Dohlsheimerstraße 46.
Wuppertal:	Heinrich Vert, Kreuzgasse 7.

Kollegen, die der Liste beitreten wollen, werden gebeten, sich an die Ortstagger zu wenden. Wo eine Verwaltungsstelle noch nicht besteht, wende man sich an die Zentrale Coeln, Palmstraße 14. Den Einzelmitgliedern wurden die Statuten ebenfalls zugeandt. Sollte jemand übersehen worden sein, bitten wir um Mitteilung.

Alle Kollegen mögen auf die Werbung neuer Mitglieder bedacht sein.

Gewerkchaftliches.

Der besetzte Adam Niese

Von Adam Niese, dem berühmten Rechenmeister, soll die Behauptung stammen, daß zwei mal zwei vier sind. Die Richtigkeit dieser Behauptung ist bis heute unbestritten. Ebenfalls unbestritten blieb bisher die Behauptung, daß der sozialdemokratische Holzarbeiter-Verband in 787 Jahrgängen 147.673 Mitglieder zähle. Ob Adam Niese, falls er noch lebt, auch zur Feststellung dieser Mitgliederzahl gelangt, wissen wir nicht. Jedenfalls gehörte heute der Redaktion der sozialdemokratischen Holzarbeiter-Zeitung die Entscheidung im Rechenstreit. Gegen diese Rechenmaßnahme ist Adam Niese nur ein Wort zu sagen.

Zunächst schon gilt der sozial. Holzarbeiterverband für eine der stärksten deutschen Arbeiterorganisationen. Sein Ruhm schwand zwischen 140.000 und 150.000 Mitglieder. Zeitweise stand er noch höher. Doch alles hat sein Ende. Solange allerdings die notwendigen Anhaltspunkte fehlten, war es schwer, jene Zahl nachzuprüfen. Nachdem jedoch die Holzarbeiter-Zeitung in einer schwachen Stunde zeigte, wie von ihr die Mitgliederzahlen gegenüber Arbeiterverbände ermittelt werden, war es für uns ein leichtes, auch die wirkliche Mitgliederzahl des sozial. Holzarbeiter-Verbandes festzustellen.

Wir können dabei zu dem Resultat, daß die Holzarbeiter-Zeitung entgegen ihren eigenen Rechenbergebnissen fast die doppelte Mitgliederzahl angegeben hat. Noch in ihrer Nr. 42 vom 16. Okt. d. J. meldete sie, daß ihr Verband 147.673 Mitglieder zähle. Dieser Mitteilung schließt die Tatsache ins Gesicht, daß der sozial. Holzarbeiter-Verband nach der von der Holzarbeiter-Zeitung sonst angewandten Rechenmethode am Schlusse des Jahres 1906 überhaupt nur 78.150 Mitglieder zählen konnte. Zunächst den gemachten Angaben und dem Berechnungsergebnis liegt somit eine Differenz von nur 69.523 Mitgliedern. Wir haben ausdrücklich hervorzuheben, daß die von uns gegebene Mitgliederzahl unbedingt stimmen muß, weil wir nach der Rechenmethode verfahren, die die Holzarbeiter-Zeitung noch in ihrer Nr. 47 anwandte.

Es ist nun eigentlich schwer zu begreifen, wie es der Holzarbeiter-Zeitung gelungen ist, die deutsche Arbeiterschaft jauchzend zu täuschen. Dagegen ist leicht, welches die richtige Zahl ist, wie es möglich ist, den tausenden Mitgliedern ein 2 für ein 11 vorzumachen. Wer so die 2 1/2 Millionen deutscher Gewerkschafter an der Nase herumführen konnte, verdient wirklich, daß er als Prinz Genies reiches, gleich dem Hauptmann von Köpenick, an allen Orten Deutschlands zur Ehren gestellt würde. Gleichzeitig würden alle, die sich im Rechen nicht bewandert sind, dem Besieger Adam Niese zu einem entrückten Nebenwerb verpflichtet.

Doch nun, wie wir zur Ermittlung der Mitgliederzahl des sozial. Holzarbeiter-Verbandes kamen: Wir verfahren nach der in Nr. 47 der Holzarbeiter-Zeitung angegebenen Methode. Die von uns ermittelte Zahl ist (gemäß dem Beispiel der Holzarbeiter-Zeitung) aus der Summe der gesamten Beiträge berechnet, wobei die „Gewinne“ noch beiderseits gleich abgezogen sind, da wir bei ihnen schon auf je 10 Beiträge (pro Quartal) ein Mitglied rechnen. Gewinnschläge sind der Holzarbeiter-Zeitung für die Berechnung der

bisher so ängstlich als Geheimnis gehaltenen Rechenmethode dankbar sein. Denn hat man nicht das Geheimnis preisgegeben. Doch „das Schmücken mit fremden Federn“ „seitens der Christlichen“ war Grund genug dazu.

In der eben genannten Nr. der Holzarbeiter-Zeitung wird eine nicht gefallene Äußerung unseres Kollegen Erling, „bei den Lohnbewegungen im Ruhrrevier seien die sozial. Holzarbeiter-Verbände gewissermaßen nur der Einleitung der Christlichen gefolgt“, zum Ausgangspunkt des Beweises gemacht, daß die Mitgliederzahl des sozial. Verbandes in den an der Tarifbewegung beteiligten Orten fast doppelt so groß sei, wie die des Zentralverbandes Christlicher Holzarbeiter. Die Holzarbeiter-Zeitung gibt an: für Bochum 114 christl., 115 sozial.; Dortmund 91 christl., 367 sozial.; Duisburg 81 christl., 187 sozial.; Essen 246 christl., 346 sozial.; Gelsenkirchen 87 christl., 136 sozial.; Gladbeck 16 christl., 18 sozial. (Nach dem Jahrbuch 1909 hatte der sozial. Verband am Jahreschlusse 1908 in Gladbeck keine Zahlstelle und ist anzunehmen, daß die genannte Zahl schon in der für Essen genannten Mitgliederzahl enthalten ist. D. B.). Gagen 50 christl., 213 sozial.; Gerne 23 christl., 24 sozial.; Kettlinghausen 63 christl., 44 sozial.; Wanne 30 christl., 57 sozial. Ingesamt sind nach dieser Rechnung in den genannten Orten 801 Holzarbeiter christlich und 1507 sozialdemokratisch organisiert. Daß man unsere Mitgliederzahl nicht vergrößert, sondern um die Hälfte verkleinert hatte, wurde uns, obgleich wir's so wußten, direkt durch mehrere Zuschriften aus dem Ruhrrevier bestätigt. Dabei blieb's jedoch nicht. Wir setzten uns hin und rechneten nach. Auf Grund der von der Holzarbeiter-Zeitung gegenüber unseren Zahlen angewandten Rechenmethode wurde dann der Schwinkel sozialdemokratischer Agitationskunststücke offenbar. — Wir danken der Holzarbeiter-Zeitung, daß sie endlich die „Kacke aus dem Sack ließ“, d. h. daß sie uns zeigte, wie man im sozial. Holzarbeiterverbande den Mitgliederzahlen nachspürt. Für die Richtigkeit unserer Rechnung, daß der sozial. Verband nur 78.150 Mitglieder zählt, sollte die von der Holzarbeiter-Zeitung unserem Verande gegenüber angewandte Rechenmethode Beweis genug sein.

Rachstrift. Der Holzarbeiter-Zeitung fällt es schwer, die deutsche Reichsmark von der Verbands-Wochenbeitragsmarke zu unterscheiden.

Während sie unseren Verband in den vorgenannten Städten in Wirklichkeit auf je 10 Mt. geleistete Wochenbeiträge ein Mitglied rechnet, gibt sie an, daß auf je 10 Wochenbeiträge ein Mitglied entfalle. Sie misst so unsere Zahlen mit der deutschen Reichsmark und die Zahlen des sozial. Verbandes mit der Beitragsmarke. Auf diese Weise wird erreicht, daß die Mitgliederzahl des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter in den Städten des Ruhrreviers um die Hälfte reduziert werden kann. Da diese Rechenmethode mit Absicht gewählt wurde oder nur ein „Versehen“ vorliegt, lassen wir dahingestellt. Auf Grund einer solchen Rechnung hat der sozial. Verband nur 78.150 Mitglieder, nicht mehr und nicht weniger. — Feststellen wollten wir noch, daß unsere Kollegen im Ruhrrevier noch nie so herzlich gelacht haben, als über diesen selbstberechneten falschen Rechenfall der Holzarbeiter-Zeitung. Weil der sozial. Rechenkunst!

Nachdem wir die kirchlichen Dauderischen Gewerksvereine, um die konfessionellen Arbeitervereine vor ihren allerschwachsten Ratten zu warnen. Unter dem Titel: Verein zur Förderung der nationalen Arbeiterbewegung haben sie eine Vereinigung gebildet, die innerhalb der konfessionellen Arbeitervereine den Gedanken der nationalen Arbeiterbewegung pflegen und andererseits die nationalen Arbeiter für die evangelischen Arbeitervereine zu interessieren versuchen soll. Den Zweck wollen sie erreichen durch eine regelmäßige Beeinflussung der Vereinspresse, durch Anstellung einer Rednerliste, durch Austausch von Rednern, durch die Förderung von nationalen Arbeitersekretariaten, durch Abhaltung geeigneter Kompromisse bei sozialen Wahlen, durch Umerüstung derselben in materielle und finanzielle Hinsicht, durch die Herausgabe von Flugblättern, geeigneten Agitationschriften und einer Monatskorrespondenz. Trotzdem sie innerhalb der konfessionellen, also evangelischen und katholischen Arbeitervereine für die „nationalen“ Arbeiterbewegung werden wollen, kann nach den Satzungen nur der evangelische Glaubensfreund Mitglied werden, der mindestens jährlich eine Mark Beitrag zahlt. Außerdem können die korporative Mitgliedschaft erwerben die deutschen Gewerksvereine, die evangelischen Arbeiter- und Jünglingsvereine, die Protestanten- und sonstigen Vereine. Pro Mitglied und Jahr haben die Vereine fünf Pfennig zu zahlen. Eigenartig wirkt es an, wenn die Satzungen davon sprechen, daß die Generalversammlung alljährlich zu gleicher Zeit und am gleichen Ort wie die Tagung des Gesamtverbandes evangelischer Arbeitervereine Deutschlands stattfinden soll. Dem Ausschuss dieser kirchlichen Dauderischen Vereinigung gehören als 1. Vorsitzender: Eiser-Leipzig; als Generalsekretär: Müng-Magdeburg; ferner: Gieseler-Duisburg, Berendt-Dresden, Schröder-Magdeburg, Barnhold-Ilms, Mangelkopf-Dessau, Hoff-Heidelberg, Stein-Görlitz, Köhler-Köln (jetzt Breslau), Fallbeer-Ilms, Nelsung-Duisburg, Stroffsch-Breslau, Bongers-Hagen i. W., Appel-Oranienburg, Klapp-Mannheim, Mathews-Karlsruhe, Herbig-Görlitz, Walbecker-Magdeburg und Kitz-Deuzig. Der neue Herr Generalsekretär Müng in Magdeburg zieht mit folgendem Kundenscheit auf den Mitgliederfang hinaus:

Gedacht herr! Mit Gewissen können wir uns, Sie auf den Verein zur Förderung der nationalen Arbeiterbewegung aufmachen zu machen. Was den in der Anlage befindlichen Statut erfahren Sie als ansehnlicher Leser den Zweck und das Ziel unserer Vereins. Der Hauptzweck soll darin erreicht werden, daß wir die konfessionellen Arbeitervereine für die Gewerksvereine zu gewinnen suchen. Die Aufgabe ist zwar sehr schwer. Das glauben wir den armen „Kirchlichen“ (gem. D. B.) Wir bitten Sie, was in unserem Streben, dieses Ziel zu erreichen, entsprechend zu unterstützen. Für jede Werbung Ihrerseits sind wir sehr dankbar. Es wäre für uns außerordentlich angenehm, wenn Sie uns einige Zuschriften senden könnten, die wir von hier aus für unseren Verein zu gewinnen versuchen

fürchten. Gleichzeitig bitten wir, in Freundeskreisen für unsere Verein Stimmung zu machen.

Damit wäre das Wesentlichste aus dem Schreiben mit gegeben. Bis her haben die Herrschaften immer über Konferenzen evangelischer Arbeiter gendregelt, sie seien dazu geschaffen worden, um in den evangelischen Arbeitervereinen eine „Nebenregierung“ einzuführen. Diese „Nebenregierung“ muß aber doch wohl den „Kirchen“ und Freunden der Art imponiert haben, daß sie sie schleunigst machen.

Eine „Nebenregierung“ haben die angeblich „freien“ Gewerkschaften vor genommen, wenn sie anlässlich der Ferrerrunde mit der „Freiwilligen“ (sozialdemokratischen Partei) ins selbe „antiflerikale“ Horn stießen und zu den „Nebenregierungen“ vornehmlich aus das Publikum stellen. Offenbar hat dabei wohl das Organ des sozialdemokratischen Zimmerverbandes, der „Zimmerer“ (Nr. 43) das Feines Herzens, entküllt. In einem von „antiflerikalen“ Fanatismus geradezu durchdränkten Erguß läßt er sich die christliche Kirche los, der in die unverantwortlichen Gewerkschaften

300 Jahre, 500 Jahre des Menschheitens nach Wahrheit und Freiheit bestehen für die christliche Kirche. Sie ist heute wie damals die Feindin aller wahren Kultur, die Erwärgerin alles Rechts und aller geistigen Freiheit. Und sie wird das bleiben, solange sie besteht. Geht die Sonne im Westen auf und im Osten unter, als daß die Kirche ihr Wesen verändern könnte. Ecce est, infame! Voltaire vor anderthalbhundert Jahren den Völkern zu sagen: „Schmettert die Kirche los!“ Die Völker haben bisher nicht die Kraft und die Selbständigkeit dazu gefunden.

Hier hat das Organ eines „freien“ Gewerkschaftsverbandes einmal mit aller Deutlichkeit offenbart, was es sonst in Agitationsbüchlein, im Hinblick auf den Mitgliederfang verschweigen pflegt; es hat eine völlige Demaskierung vorgenommen, welche über den christentumsfeindlichen Charakter der „freien“ Gewerkschaften aber auch nicht den geringsten Zweifel mehr übrig läßt!

Ein neuer Eisenbahnerverband in Württemberg.

Der alte württembergische Eisenbahnerverband hat sich schon seit langem in einer unangenehmen Lage. Ihm zeigten sich augenscheinlich alle die Mängel, unter den allein stehenden Organisationen von Arbeitern oder Unterbeamten zu leiden haben. Schwankende Haltung in grundsätzlichen Fragen, vor allem ein außerordentlich günstiger Nährboden für Korruption und Sliquenwesen. Noch nicht lange her, als durch Flugblätter und gerüchtmächtig darüber wurde, daß in dem unter Leitung des nunmehr verabschiedeten Herrn Holz stehenden Züricher Eisenbahnerverband eine spiellose Wirtschaft herrschte. Nicht viel besser liegen die Dinge im württembergischen Eisenbahnerverband. Ein richtiges Vertrauensverhältnis zwischen dem Vorstand und Mitgliedschaft ist schon seit langem nicht mehr vorhanden. Die Leitung liegt in den Händen des Sekretärs Roth, es in geradezu vorzüglichster Weise verstanden hat, sich Verbände „unentbehrlich“ zu machen, ohne sich selbst dabei zu binden. Herr Roth hat sich einen Anstellungsvertrag verschafft, der unter andern bestimmt:

1. Herr Roth wird die Leitung des Sekretariats des Verbandes vertraglich auf so lange Zeit übertragen, als eine ordentliche Generalversammlung ein ordnungsmäßig eingetrachter Antrag auf Kündigung des Dienstvertrages Herrn Roth angenommen wird, bzw. als Herr Roth das Verhältnis nicht seinerseits entsprechend den nachstehenden Bestimmungen löst.
 2. Herr Roth steht es frei, unter Einhaltung einer vierjährigen Kündigungsfrist von seinem Vertrag mit dem Verband zurückzutreten.
 3. Wird auf einer ordentlichen Generalversammlung des Verbandes ein ordnungsmäßig gestellter Antrag zum Dienstverhältnis mit dem Verbandssekretär Roth zu dem zum Beschluß erhoben, so bleibt Herr Roth noch bis zur nächsten Generalversammlung als Sekretär im Dienste des Verbandes, wo alsdann die Neuwahl stattfindet.
 4. Die vorstehenden Bestimmungen können nur auf ordentlichen Generalversammlungen durch Mehrheitsbeschluss auf Grund eines ordnungsmäßig gestellten Antrages geändert werden, nicht aber zu Ungunsten des Herrn Roth verändert werden.
- Der Vertrag dürfte in der Arbeiter- und Angehörigenbewegung ganz sicher seines gleichen tragen. Es ist ein Beispiel dafür, wie man sich einen Verband dienstbar machen und dabei selber tut, zu was man Lust hat.
- Da der Verband alljährlich Generalversammlungen hält, beträgt die Kündigungsfrist des Verbandes gegen Roth ein Jahr, wohingegen er für sich nur eine vierjährige Kündigungsfrist auszubedingen gerüchte. Dabei leitende Beamte in Jahres- also während der Kündigungsfrist einen Verband mehr schädigen kann, als durch eine jährige Arbeit wieder gut zu machen ist, hat wohl Herr Roth vorausgesehen, anscheinend aber nicht diejenigen, die sich diesem Vertrag einlassen ließen. Neben diesem „sammelvertrag“ hat sich Roth einen sogenannten „Teilvertragsvertrag“ gemacht, nach dem er Eigentümer des Verbandsorgans ist, der Verband aber die Herstellungskosten zu tragen hat, die Inferensgebühren dagegen in die Tasche des Herrn Roth fließen. Ferner nimmt dieser „Mustervertrag“, daß „der Verband“ während der ganzen Dauer seines Bestehens den Schwab. Eisenbahner“ als sein ausschließliches Organ anerkennt. Das vierseitige Vertragsorgan ist, wie sich jeder überzeugen kann, auf das schlechteste redigiert und zur Hälfte mit Inseraten gefüllt, daß Herr Roth, der neben der Einnahmen aus Infersensmonatlich 200 Mark Gehalt bezieht, für die von ihm geleistete Arbeit wohl als der bestbezahlte Gewerkschaftsbeamte Deutschlands besteht.
- Mit der Verwaltung des Verbandes muß es sehr unglücklich bestellt sein.
- Roth wird beschuldigt, mehrmals die Eingaben des Verbandes an den württembergischen Landtag verbrennen zu haben, was auch zu verstehen ist, wenn man bedacht

Das Roth zu gleicher Zeit Besitzer und Redakteur einer Tageszeitung ist und nebenbei eine Korrespondenz für eine größere Anzahl württembergischer Tagesblätter herausgibt. Das Vertrauen weiterer Mitgliederkreise zur Verwaltung des Verbandes wird dadurch charakterisiert, daß aus Verbandskreisen der Staatsanwaltschaft zur Verhängung der Kassenbücher aufgefordert wurde. Der daraufhin bestellte vereidigte Bücherrevisor stellte fest, daß „bewiesenermaßen seit 1906 falsche Kassenabschlüsse vorliegen und die Buchführung unordentlich und verkehrterweise. Ferner ermittelte der vereidigte Bücherrevisor, daß für die letzte württembergische Landtagswahl, bei der Herr Roth für die Volkspartei kandidierte, allein 267,67 Mk. Porto aus Verbandsmitteln verbucht wurden. Endlich wird die Verbandsverwaltung dadurch in ein seltsames Licht gerückt, daß sie, als der vereidigte Bücherrevisor sich an seine Arbeit heranmachte, an die Obmannschaften ein Rundschreiben erließ, wonach diese, „in Bälde ein Verzeichnis der vom 1. Januar 1906 bis 15. Juli 1909 an Verband und Bank gemachte Zahlungen... an das Verbandssekretariat einreichen“ sollten. Wie muß es da in den Büchern ausgesehen haben, wenn zur Beschaffung von Klarheit seitens der Obmannschaften für den Zeitraum von 3 1/2 Jahren die Angaben über gemachte Zahlungen notwendig wurden. Endlich hat Roth noch auf den Namen des Verbandes größere Anleihen aufgenommen und sie für sich bzw. händelzwecke verwendet, ohne jedoch dem Verbandsvorstand davon Mitteilung zu machen.

Als all diese Dinge ans Licht kamen, war der Krach unvermeidlich. Unsymmetrisch, als Roth durch allerhand Winkelzüge die Streiffragen zu verschieben suchte und mit brutaler Gewaltmitteln gegen die von ehrlichen Absichten geleitete Opposition vorging. Als das Geschehen auf Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung von vielen stark beschuldigten Vorstand dies unter Hinweis auf die Kostenfrage. Mitte Oktober brachte es Roth, in einer schwach besuchten Vorstandssitzung fertig, die Führer der Opposition aus dem Verbande auszuschließen, trotzdem diese über einen großen Umfang verfügten. Das schlug dem Faß den Boden aus. Am 31. Oktober fand eine Eisenbahner-Landeskonferenz in Stuttgart statt, die die Gründung eines neuen Verbandes beschloß. Dieser zählte nach vierzehntägigem Bestehen schon rund 2000 Mitglieder, ein Zeichen, daß die Neuordnung auf keine künstlich inszenierte Opposition zurückzuführen ist. Der neue Verband führt den Titel: „Verband württembergischer Unterbeamten, Handwerker und Arbeiter“ und hat sich dem Gesamtverbande der christlichen Gewerkschaften angeschlossen. Er gibt vierzehntägig „Das Flugblatt“, Zentralorgan für das württembergische Eisenbahnerpersonal heraus. Wir wünschen dem jüngsten Bruderverband eine rechte Entwicklung.

Der Reichsverband Deutscher Kellnerlokalkomitee, der im Frühjahr dem Gesamtverband der christl. Gewerkschaften angeschlossen hat, bezweckt den Zusammenschluß der unterhaltenden bestehenden Kellner-Lokalorganisationen. Wo die Möglichkeit geboten ist, sollen neue Ortsgruppen gebildet werden. Für die Kellner ist der Herbst die günstigste Zeit für Agitation. Wo Aussicht ist, eine Ortsgruppe ins Leben zu rufen, mögen gemäß Aufforderung des Zentralblattes die christlichen Gewerkschaftsfunktionäre dies der Geschäftsstelle mitteilen und die nötigen Borarbeiten übernehmen. Auch können dem Verband sogenannte „freie Mitglieder“ zugeführt werden. Ferner ist die Angabe der Adressen von lokalen Untervereinen, welche dem Verband noch nicht angehören, erwünscht. Flugblätter, Zeitungen und sonstiges Agitationsmaterial versendet die Geschäftsstelle des Verbandes: Hannover, Steintorfeldstraße Nr. 2, I, Telefon 437. Die Kellner und sonstigen Gasthausangestellten ist eine Selbstorganisation auf christlicher Grundlage schon längst eine Forderung geworden.

Soziale Rundschau.

Der Konsumverein für Werden und Umgegend, eine von Mitgliedern der christl. Gewerkschaften gegründete Genossenschaft, die heute im Stadt- und Landkreise Essen, so in Gelsenkirchen insgesamt 30 Filialen mit über 6000 Mitgliedern zählt, veröffentlicht seinen letzten Jahresbericht, umfassend die Zeit vom 31. August 1908 bis September d. J. Da die in dieser Genossenschaft geleistete Arbeit, sowie die erzielten Erfolge für manche aus der christlichen Arbeiterbewegung hervorgegangenen Konsumvereine ein Vorbild bezeichnet werden können, heben wir kurz einiges aus dem Jahresbericht hervor: Der bis zum 31. Aug. d. J. 1908 Filialen erzielte Umsatz betrug 1 624 933,60 Mark im Vorjahre, was einer Umsatzerhöhung von 621 313,29 Mk. oder 62% entspricht. Für die Genossenschaft bedeutet die diesjährige Umsatzerhöhung, angesichts der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse ein ununterbrochenen Fortschritt. Uebersetzt man die Ergebnisse der ersten vier Jahre zusammen, so betrug der Gesamtumsatz die Ergebnisse der ersten vier Jahre um rund 215 000 Mk. Die überaus günstige äußere Entwicklung spiegelt sich, wie der Bericht und die Bilanz der Genossenschaft weiter zeigt, ebenso glänzend auf die geistliche Kräftigung und finanzielle Leistungsfähigkeit wieder. Ersparnisse, die in der Form einer 3prozentigen Rücklage zur Verteilung gelangen, wurde insgesamt die Summe von über 117 000 Mark erzielt. Bei den enormen, zu Anfang Dezember an die Mitglieder zur Verteilung gelangenden Summe, ist der Verein weiter in der Lage, dem Reserve- und sonstigen Fonds Zuwendungen zu leisten, die einschließlich Abschreibungen weitere 50 000 Mk. betragen.

Freudlich ist, daß die Genossenschaft die weiter erübrigten 100 Mk., wo durch dieselbe in der Lage wäre, 10% Rücklage zu zahlen, nicht auszahlt, sondern zur Stärkung derselben beim zur Schaffung für die Weiterentwicklung der Fondus demut.

Hierdurch wird die Genossenschaft später in der Lage sein, gleich wie der Konsumverein „Eintracht“ in Cöln-Mülheim sich ein eigenes Heim zu schaffen und zur Eigenproduktion überzugehen, was dort, wo man die Konsumvereine nur als reine Dividendenquellen betrachtet, niemals erreicht wird. Vorbildlich für manche Bezirke, wo die Zerstückelung der Konsumvereine für die christliche Gewerkschaftsbewegung geradezu bedenklich wird, ging die Werden Genossenschaft auf dem Gebiete der Verschmelzung kleinerer Genossenschaften vor. Nachdem dieselbe schon früher einen am Rande des Grabes angelangten Beamtenkonsumverein übernahm, wurden seit dem 1. Sept. d. J., den Beginn des neuen Geschäftsjahres, die ebenfalls von christl. Gewerkschaftlern gegründeten Konsumvereine „Selbsthilfe“ in Gelsenkirchen und „Arbeiterwohl“ in Neveges, außerdem ein weiterer Beamtenkonsumverein in Alteneffen übernommen, so daß die Zahl der Filialen sich hierdurch auf 30 erhöhte. Da sämtliche mit der Werden Genossenschaft jetzt vereinigten Vereine, wie aus deren Liquidationsbilanzen ersichtlich ist, kaum lebensfähig waren, liegen die, durch die Vereinigung für die Mitglieder erzielten Vorteile so handgreiflich klar, daß dieses Vorgehen in der Tat Nachahmung verdient.

Da der Bericht der Werden Genossenschaft eingehend die Notwendigkeit der genossenschaftlichen Betätigung als Ergänzung der Gewerkschaftsbewegung klarlegt, mögen sich Interessenten den Bericht, der wie uns mitgeteilt wird, durch die Geschäftsstelle in Werden-Ruhr gegen Einsendung der Postkosten zugestellt wird, verschaffen.

Zum städtischen Submissionswesen hat das Kartell den christlichen Gewerkschaften in einer Eingabe an den Magistrat der Stadt Bochum Stellung genommen. Angesichts der Wichtigkeit und segensreichen Wirksamkeit der Arbeitstarifverträge beantragt das Kartell, in die Verdingungs-Ordnung folgende Bestimmung aufzunehmen: „Bei Vergebung öffentlicher Arbeiten durch die Stadtverwaltung sind nur solche Arbeitgeber zu berücksichtigen, welche die Arbeitstarifverträge anerkennen und einhalten, soweit solche für das betreffende Gewerbe bestehen.“ Es liegt gewiss auch im Interesse der Arbeiter, wenn durch eine gute städtische Submissionsordnung, und besonders durch eine Bestimmung wie die gewünschte, die Konkurrenz der Unternehmer in gesunde Verhältnisse geleitet wird.

Eine Säule des Freidenkertums ist der vielen unserer rheinisch-westfälischen Kollegen bekannte Herr Schulte aus Cöln. Gelegentlich einer in Mülheim a. Rh. abgehaltenen Freidenkerverammlung, in der Herr Schulte weitlich über alles, was ihm nicht in seine Herrschaftführung paßte, kräftig loszog, gestattete sich die „Mülheimer Volkszeitung“ einen „Wick hinter die Kulissen des Freidenkertums“ zu werfen. Der Artikel, dem das Motto vorangestellt war: „Seh'n sie das ist ein Geschäft, das bringt noch was ein, ein jeder aber kann das nicht, es muß verstanden sein“, war dem Freidenker-Hauptling Schulte vor, er betreibe eine Gesinnungshauserei und zudem geschehe seine Agitation für den Freidenkerbund in gewinnjüchtiger Absicht. Es wurde ihm vorgeschrieben, daß er sich für Anbringung von Plakaten in 30 Restaurants habe 10 Mark geben lassen, daß er für Leitung von Versammlungen je 20 Mark berechnen und für die Gegenagitation gegen die Katholiken-Generalammlung im vorigen Jahre 550 Mark erhalten habe. Schulte sei auch sonst ein sehr praktischer Mann von einnehmendem Wesen; er mache außer in Freidenkerei und Zigarren auch in Heiligenbildern und habe sich auch noch von der Diözesanbehörde die Approbation dazu geben lassen wollen. Er soll auswärts Brandreden über Versammlungen durch den Kölner Karneval gehalten, selbst aber beim Karneval in Köln weidlich mitgemacht haben. Zum Schlusse hieß es noch: „Daß bei den vorgeschriebenen Berechnungen in der Kasse des Freidenkerverbandes meistens Ebbe sei, lasse sich nicht leicht begreifen.“ Schulte fühlte sich durch diese Vorhaltungen beleidigt und strengte Klage an. Das Gericht verurteilte dem auch den Redakteur der genannten Zeitung, trotzdem es den Wahrheitsbeweis fürbracht hielt, zu 100 Mark Geldstrafe. Hiergegen legte der Verurteilte Berufung ein mit dem Erfolge, daß die Kölner Strafkammer auf Freisprechung erkannte. Die Kosten des Verfahrens wurden Schulte zur Last gelegt. Durch Zeugenaussagen wurde u. a. nachgewiesen, daß der „Freidenker“ Schulte die Absicht gehabt hatte, Heiligenbilder zu verkaufen und dafür die erzbischöfliche Approbation einzuholen; daß Schulte den Handel mit Heiligenbildern als „eine feine Idee“ bezeichnet hat und daß er endlich, als man ihm Vorhaltungen machte, daß sich dies doch mit seiner Stellung als Vorsitzender des Freidenkerverbandes nicht vertrage, gesagt hat: „Ach was, wenn ich nur ein Geschäft dabei mache!“

Mit diesen gerichtlichen Feststellungen dürfte Schulte wohl von der Bühne der Öffentlichkeit verschwinden. Bemerkenswert ist, daß der so Hereingefallene nicht nur den Handel mit Zigarren, Heiligenbildern und freidenkerischen Sprüchen betrieb, sondern auch in den sozialdemokratischen Gewerkschaften eifrig tätig war. Letztere benutzten Schulte besonders zur Agitation unter den italienischen Arbeitern; auch war er Gauleiter des sozialdemokratischen Verbandes der Handlungsgehilfen.

Aus dem gewerblichen Leben.

Württembergische Holzwarenmanufaktur Akt.-Ges. vorm. Bayer u. Leibfried, Esslingen. Laut Bekanntmachung wird auf Grund des Beschlusses der neulichen Generalversammlung das Grundkapital von Mark 1 Million im Verhältnis 5 zu 3 auf 600 000 Mark herabgesetzt. Die Samierung erfolgt u. a. zur Befreiung der Unterbilanz von 171 987 Mk.

Fachtechnischer und sozialer Fragekasten.

In diese Rubrik werden Anfragen und Antworten fachtechnischer und sozialer Art der Verbandsmitglieder aufgetrennt. Der von den Kollegen Auskunft der genannten Art wünscht oder dieselbe beizugehendes Antworten zu geben in der Lage ist, benütze den Fragekasten.

Antwort 20: Wasserfesten Leim für Klebezwecke wie als Bindemittel für Farben gewinnt man wie folgt:

- 1) Der Leim, im Wasser aufgeweicht, bei mäßiger Hitze im Leinöl geschmolzen, wird weder vom Wasser noch von Dämpfen angegriffen.
- 2) Zu einer andern Leimart löse man eine geringe Menge von Sandarats und Mastix in wenig Spiritus und füge ein wenig Terpentin zu. Die Lösung bringt man im Kochtopf übers Feuer und gießt langsam unter ständigem Rühren die gleiche Menge einer starken Lösung von Leim und Hausenblase zu. Hierauf filtriert man im heißen Zustande durch Stoff.
- 3) Auch durch einfachen Zusatz von doppelchromsauren Kalk zu flüssiger Leimlösung und nachherigem Ausseihen an der Luft erhält man wasserfesten Leim.
- 4) Ein viertes Verfahren besteht darin, daß man Leim in gewöhnlicher Art und hierauf Leinöl im Verhältnisse von 0,5 Liter Öl und 4 Liter Leim zusetzt. Will man die Lösung flüssig halten, so setzt man auf jedes Pfund Leim 16 Gramm Salpetersäure zu. Die Säure verhindert außerdem das Sauerwerden des Leimes.

Anmerkung der Redaktion: In der Regel werden die gestellten Fragen 8 oder 14 Tage nach Bekanntgabe beantwortet und bitten wir die fragenden wie antwortenden Kollegen, sich der möglichsten Kürze in der Fassung zu befleißigen.

Adressenveränderungen.

- Buer. R. Gregor Bolker, Albersstraße 10.
Darmstadt. V. Carl Lauser, Bederstraße 14.
Köln. R. Wilhelm Kinding, Blumenhaferstraße 42, 6 1/2 — 8 Uhr.
Düsseldorf. V. Carl Robert Raier, Priestergasse. R. August Schabert, Koppengasse.
Reiff. V. Wilhelm Gohl, Gosdammersstraße 6.
Magdeburg. R. August Brauner, St. Michaelstraße 27.
12 — 1/1 und 6 — 7.

Adressenverzeichnis.

Einem mehrfach geäußerten Wünsche entsprechend, veröffentlichen wir nachstehend das Adressenverzeichnis des Belgischen christlichen Holzarbeiterverbandes:

Belgisch Houtbewerksverband.

- Zentralstelle: Mechelen, Begijnenstraat 18.
Antwerpen. „Katholiek Democratisch Houtbewerksbond.“ Lokal: „Kalkoensche Haan“, St. Jacobsmarkt 23. Vorsitzender: B. Bastiaens, Begijnenvest 40.
Aalst. „Vereenigde Houtbewerks.“ Lokal: Geeraardberg-schestraat 54. Vorsitzender: Jos. Vinck, St. Janstraat 33.
Aarschot. „Houtbewerksvereniging.“ Schriftführer: Alois Claes, Leuvenchestraat.
Berchem. „Berchemsche Houtbewerks.“ Vorsitzender: Ch. Merckx, Groot Steenweg 198. Lokal: Vlaamsche Kring 180.
Boom. „Christene Houtbewerks-gilde.“ Vorsitzender: L. De Boeck, Kerkhofstraat 92. Lokal: Kerkstraat 51.
Brugge. „Houtbewerksbond St. Joseph.“ Vorsitzender: L. Van de Kerchove, Kammenmakerstraat 39. Lokal: Oudenburgstraat 19.
Brüssel. „Houtbewerksbond Vooruitzicht.“ Lokal: Kogelstraat 7.
Buggenhout. „Christene Houtbewerks.“
Duffel. „Christene Houtbewerksbond.“ Vorsitzender: J. De Peuter, Leopoldstraat. Lokal: „Patronage.“
Deurne. „Houtbewerks.“ Vorsitzender: Const. Aerts, Arendstraat.
Eeckeren. „Eeckersche Houtbewerksbond.“ Vorsitzender: Pet. Van Herck, Hagelkruis. Lokal: „Brouwershuis“, Hofstraat.
Gent. „Houtbewerksbond Plicht en Recht.“ Vorsitzender: Aug. Foquet, Apostelstraat 22. Lokal: Oudburg 34.
Geeraardbergen. „Houtbewerks.“ Vorsitzender: Van der Becken, Stadsvest. Lokal: „Turnzaal“, Kloosterstraat.
Hemixem. „Houtbewerksbond Gelijk wij werken voor ons brood, helpen wij mekander in nood.“ Lokal: Gemeenteplaats 23.
Herenthals. „Christene Houtbewerksbond.“ Vorsitzender: Fonteyn Victor, Bleyenbergstraat.
Laeghem. „Vereenigde Houtbewerks.“ Vorsitzender: Vict. Buysse, Gentstraat 23. Lokal: „Gildenhuis“, Kruisstraat.
Leuven. „Houtbewerksbond Gelijke Rechten.“ Vorsitzender: Frans Beller, Contereelstraat. Lokal: „Gilde der Ambachten“, Minderbroedersstraat.
Lebbeke. „Christene Houtbewerks.“
Lommel. „Christene Houtbewerks.“
Mechelen. „W. E. Houtbewerks-gilde Help U selve, soo helpe U God.“ Vorsitzender: Alf. Verdellen, Slachthuisvest 69. Lokal: Begijnenstraat 18.
Mechelen. „De Vereenigde Stoelmakers.“ Vorsitzender: L. Vercammen.
Meirelbeke. „Houtbewerksbond St. Joseph.“ Vorsitzender: Jac. De Vuyst, Hundelgomsche steenweg. Lokal: „St. Pietersschool.“
Merxem. „Christene Houtbewerks.“ Vorsitzender: Van der Putten, St. Antoniusstraat 3. Lokal: „Belle Vue“, Bredalaan.
Niel. „Houtbewerks van Niel.“ Vorsitzender: M. Van Reeth, Boomschestraat. Lokal: „St. Cecilia.“
Rouselara. „Houtbewerksbond Steunt Elkander.“ Vorsitzender: H. Bostoen, Bleckerijstraat. Lokal: „Gasthof den Hert.“
Ronsse. „De vereenigde Houtbewerks.“ Vorsitzender: Lauwerier Jos. Lokal: „Christene Volksbond“ Zonnestraat.
St. Nikolaas. „Christene Houtbewerks.“ Vorsitzender: Ang. Nys, Brugsken 110. Lokal: „Gildenhuis“ Nieuwstraat.
Tamscha. „Christene Mandenmakers.“ Vorsitzender: Fr. Varrewyk, Nijverheidstraat 49. Lokal: „Kring der Kath. werken“, Akkerstraat.
Turnhout. „Houtbewerksvereniging Hoop en Moed.“ Schriftführer: C. Strymans, Victoriastraat 12.
Vilvoorde. „Houtbewerksbond.“ Vorsitzender: J. B. De Coester, Vlierkensstraat 43. Lokal: „In de Kijk Uit.“
Wilryck. „Houtbewerksbond.“ Vorsitzender: Const. Verschuere, Laerstraat 17.

Abrechnung des Verbandes pro III. Quartal 1909.

I. Hauptkasse.

Einnahmen und Ausgaben.	
a) Einnahmen.	
1. Beiträge von Einzelmitgliedern	305,70
2. Abonnements und Jazetate	175,00
3. Zinsen aus Kapitalien	292,20
4. Bücher und Broschüren	2,40
5. Zurückgef. Streitgelder u. sonstige Einn.	138,26
6. Von den Zahlstellen eingezahlt	45643,94
Summe	46557,56
b) Ausgaben.	
1. Reiseunterstützung	10,00
2. Maßregelungsunterstützung	896,50
3. Umzugsunterstützung	135,00
4. Arbeitslosenunterstützung	29,33
5. Streikunterstützung	18821,62
6. Rechtshilfe	119,50
7. Krankenunterstützung	33,50
8. Agitation	4918,75
9. Beamtengehälter	1362,50
10. Versicherungen	506,04
11. Verbandsorgan	4935,47
12. Porto und Zustellgebühren	208,36
13. Druckfachen und Verbandsmaterial	429,57
14. Zeitungen, Zeitschriften	77,21
15. Miete, Bureaubedarf, Telefon	320,30
16. Beiträge zum Gesamtverband	1519,45
17. Politisches Organ	148,85
18. Besuche an die Zahlstellen	669,00
19. Geschäftsausgaben, Einnahmen u. sonst.	851,20
20. Ausgaben im Verbandsbureau	72,00
21. Sonstige Ausgaben	53,79
Summe	36117,94
Also Mehrerinnahme	10439,62
Bestand vom II. Quartal 1909	209462,35
Also Bestand pro IV. Quartal 1909	219901,97

Ausgaben.	
Reiseunterstützung bei den Zahlstellen bei der Hauptkasse	1882,00
Maßregelungsunterstützung b. d. Zahlstellen b. d. Hauptkasse	10,00
Umzugsunterstützung bei den Zahlstellen bei der Hauptkasse	143,50
Arbeitslosenunterstützung bei den Zahlstellen bei der Hauptkasse	896,50
Streikunterstützung bei den Zahlstellen bei der Hauptkasse	135,00
Rechtshilfe bei den Zahlstellen bei der Hauptkasse	29,33
Krankenunterstützung bei den Zahlstellen bei der Hauptkasse	3511,34
Sterbegeld bei den Zahlstellen	29,33
Ausgaben Position 8-20	141,15
Anteil der Lokalkassen und Lokalbeiträge	18821,62
Sonstige Ausgaben bei den Zahlstellen bei der Hauptkasse	325,37
Saldo vom vorigen Quartal	119,50
Bestand pro IV. Quartal 1909	6320,80
Summe	33,50
Summe	287971,47

Bilanz.	
Einnahmen.	
Bestand vom II. Quartal 1909	209462,35
Aufnahmegebühr bei den Zahlstellen	528,00
Beiträge bei den Zahlstellen	7551,97
Beiträge bei der Hauptkasse	305,70
Einnahmen Position 2-4	75857,67
Besuche von der Hauptkasse	469,66
Sonstige Einnahmen bei den Zahlstellen	669,00
Sonstige Einnahmen bei der Hauptkasse	774,61
Saldo pro IV. Quartal 1909	138,26
Summe	912,87
Summe	287971,47

Abschluss.	
Einnahmen.	
Bei den Zahlstellen	77523,58
Bei der Hauptkasse	985,54
Insgesamt:	78509,12
Ausgaben.	
Bei den Zahlstellen	31338,23
Bei der Hauptkasse	36731,27
Insgesamt:	68069,50
Also Mehrerinnahme:	10439,62
Bestand vom III. Quartal 1909	209462,35
Summe:	219901,97

Tischler-Fachschule Deimold

gegründet 1893. Stadt Schnitzgehände, Meister, Werkmeister, Zeichner, Grasse Hör- u. Zeichen-Säle. :: Werkstätten. :: Programme frei. ::

Direktor Brecht.

Schreiner-Werkzeuge

Feinbearbeitung, keine Nacharbeiten. Werkzeug: amerik. Schraubenzieher, sowie viele andere Werkzeuge. Katalog gratis mit Franko.

REINERICH REICH, Werkzeug-Fabrikant, Kagen 1. W.

Eingelegte Fourniere

für Möbelle, Schränke, Säulen. Auftragspreis gegen 20 % in Vorzins. Beste deutsche Verarbeitungsmethoden.

Georg Biber, Hagenberg, Heideberg, Hagenberg 7.

für Schreiner.

Großes modernes Möbelwerk, 300 Stühle 1-10 für ca. 60 Zimmer, in Farbe, für nur 3 Mark abzugeben.

Karl Rosch, Architekt, Düsseldorf, Leopoldstr. 45.

Mitteldeutsche Tischler-Fachschule

Cöthen in Anhalt.

Erste hoch. Lehranstalt der Branche in Anhalt. (Reinigungs-) und Selbststudien. Programme frei durch die Direktion.

B. Kollmer's

Fachschule für Tischler u. i. gewerb. Zeichner

zu Deimold, Egerstraße, Ecke Grabenstraße. Preis- und Lohnverhältnisse auf Anfrage mit Lage- und Abend-Unterricht.

In drei Monaten: Ausbildung zum Meister und Vorbereitung für die Meisterprüfung.

In sechs Monaten: Ausbildung zum Zeichner und Buchhalter.

Schulgeld 25 Mark pro Monat. Kostenfreie Arbeitsaufträge. Garant kann jederzeit erfolgen. Kurs-Anschluss durch die Direktion: **B. Kollmer.** Abgabe gratis anfragen.

Zur Abrechnung.

Zum III. Quartal 1909 seien nachfolgende Vergleichszahlen gegenüber dem II. Quartal 1909 und dem III. Quartal 1908 gegeben:

Einnahmen:	1909		1908
	III. Quatr.	II. Quatr.	III. Quatr.
Aufnahmegebühren	528,—	668,50	464,—
Beiträge	60973,45	57624,70	57956,—
Lokalbeiträge	14884,22	12644,—	11525,—
Kassenbestand bei der Hauptkasse	219901,97	209462,35	165575,—
Kassenbestand bei den Lokalkassen	66802,74	63907,39	67375,—
Gesamtkassenbestand	286702,71	273369,74	232950,—

Ausgaben:	1909		1908
	III. Quatr.	II. Quatr.	III. Quatr.
Reiseunterstützung	1892,—	2626,70	2186,—
Maßregelungsunterstützung	1040,—	227,16	513,—
Umzugsunterstützung	790,—	710,—	503,—
Arbeitslosenunterstützung	3540,67	3299,25	3561,—
Streikunterstützung	18962,77	24464,97	10151,—
Rechtshilfe	444,87	154,35	133,—
Sterbegeld	410,—	630,—	540,—
Krankenunterstützung	6354,30	7006,23	5866,—
Gesamtsumme d. Unterstützungen	33434,61	39118,66	23456,—

Die Einnahmen an Aufnahmegebühren haben sich gegenüber dem Vorquartal um 140 M. vermindert, gegen III. Quartal 1908 um 64 M. vermehrt.

Eine Erhöhung erfuhren die Einnahmen an Beiträgen um 3349 M. gegenüber dem II. Quartal 1909 und um 3017 M. Vergleich zum III. Quartal 1908.

2240 M. mehr wie im Vorquartal und 3359 M. mehr im III. Quartal des Vorjahres gingen an Lokalbeiträgen ein.

Für Reiseunterstützung wurden 534 M. weniger wie im Vorquartal und 294 M. weniger wie im III. Quartal 1908 verausgabt.

Die Maßregelungsunterstützung stieg um 813 M. bzw. 527 M. Die Arbeitslosenunterstützung veränderte sich nur wenig gegenüber dem Vergleichsquartal.

Die Krankenunterstützung ging auch in diesem Quartal zurück und zwar um 652 M. Sie war jedoch noch um 488 M. höher wie im III. Quartal 1908.

Größere Summen an Unterstützungen zahlten auch in diesem Quartal die Lokalkassen. Von der Gesamtsumme von 5639,16 entfielen auf Reiseunterstützung 170 M., auf Arbeitslosenunterstützung 396 M., auf Streikunterstützung 3079 M. und Krankenunterstützung 1596 M.

Aus der Hauptkasse und den Lokalkassen wurden also insgesamt gezahlt an:

Reiseunterstützung	2062,90
Maßregelungsunterstützung	1040,—
Umzugsunterstützung	790,—
Arbeitslosenunterstützung	3937,56
Streikunterstützung	22042,07
Rechtshilfe	444,87
Krankenunterstützung	7950,30
Sterbegeld	410,—
Sonstige Unterstützungen	396,07
Summe	39673,77 M.

Die Gesamtsumme der Unterstützungen aus Haupt- und Lokalkassen betrug demnach 39673,77 M.

Das Vermögen der Hauptkasse stieg um 10439 M., das Lokalkassen um 2893 M., sodass der Gesamtkassenbestand nunmehr 286702,71 M. beträgt. Hoffen wir, daß wir im nächsten Quartal das vierte Hunderttausend erreichen.

Früherer Agitationsarbeit dürfte es zuzuschreiben sein, w eine Anzahl Zahlstellen ihren Mitgliederbestand wesentlich erhöht. Es seien hier diejenigen genannt, welche einen Mitgliederzuwachs von 20 und mehr verzeichnen konnten: München 68, M. heim 22, Duisburg 20, Düsseldorf 43, Ruhrort 20, Hamburg 20, Eisen 60, Berlin 41, Bayreuth 20. Auch diejenigen, die einen Zuwachs von 10-20 Kollegen mel konnten, sind eine ganze Reihe. Es wäre wünschenswert, w in allen Zahlstellen die Herbst- und Winteragitation in solch er reicher Weise durchgeführt würde. Gerade die gegenwärtige die die Gewerkschaften vor die Erfüllung großer Aufgaben in Tarifbewegung stellt, sollte zu planmäßiger Vorbereitung für Verband benötigt werden.

Tischler-Fachschule Deimold

gegründet 1893. Stadt Schnitzgehände, Meister, Werkmeister, Zeichner, Grasse Hör- u. Zeichen-Säle. :: Werkstätten. :: Programme frei. ::

Direktor Brecht.

Schreiner-Werkzeuge

Feinbearbeitung, keine Nacharbeiten. Werkzeug: amerik. Schraubenzieher, sowie viele andere Werkzeuge. Katalog gratis mit Franko.

REINERICH REICH, Werkzeug-Fabrikant, Kagen 1. W.

Eingelegte Fourniere

für Möbelle, Schränke, Säulen. Auftragspreis gegen 20 % in Vorzins. Beste deutsche Verarbeitungsmethoden.

Georg Biber, Hagenberg, Heideberg, Hagenberg 7.

für Schreiner.

Großes modernes Möbelwerk, 300 Stühle 1-10 für ca. 60 Zimmer, in Farbe, für nur 3 Mark abzugeben.

Karl Rosch, Architekt, Düsseldorf, Leopoldstr. 45.

Mitteldeutsche Tischler-Fachschule

Cöthen in Anhalt.

Erste hoch. Lehranstalt der Branche in Anhalt. (Reinigungs-) und Selbststudien. Programme frei durch die Direktion.

B. Kollmer's

Fachschule für Tischler u. i. gewerb. Zeichner

zu Deimold, Egerstraße, Ecke Grabenstraße. Preis- und Lohnverhältnisse auf Anfrage mit Lage- und Abend-Unterricht.

In drei Monaten: Ausbildung zum Meister und Vorbereitung für die Meisterprüfung.

In sechs Monaten: Ausbildung zum Zeichner und Buchhalter.

Schulgeld 25 Mark pro Monat. Kostenfreie Arbeitsaufträge. Garant kann jederzeit erfolgen. Kurs-Anschluss durch die Direktion: **B. Kollmer.** Abgabe gratis anfragen.

Süddeutsche Schreiner-Fachschule

Nürnberg.

Erstklassige Lehranstalt.

Kirchweg 14. Dir. G. Naibum

Tischler-Fachschule

Blankenburg a. Harz

gebogene Ausbildung als Werkmeister, Drehtischler und Zeichner. Programm frei.

Direktor Reineking.

Zum Selbstunterricht empfehle: Die „Stillehre für Tischler“, 190 Seiten stark, gebunden 21.5. Zu beziehen von Direktor Reineking, Blankenburg am Harz.

4-6 tüchtige Korbmacher

aus Mitterteich per sofort für dauernd auf Harz gesucht. Anfragen an die

Zahlstelle Gled.

Man bestelle das

Jahrbuch für 1910

Genossenschaftl. Bürstentabrik

Ramberg (Pfalz).

Zu Verlosungen empfehlen wir folgende Kollektionen zum Preise von 7 Mark: Fiberschrubber, eine Waschbürste Frauen eine Schrubbürste, eine Hochhaar-Ausstragbürste, eine Hochhaar-Wischbürste, eine Lederbürste (reine Borsten), ein Handbesen (gelb lackiert) ein Hochhaar-Staubbesen. — Die Kollektion kann nach Belieben erweitert werden.

Sachliteratur.

empfehlen die Buchhandlung des Generalsekretärs der christlichen Gewerkschaften, Köln, Palmstr. 24.

Bücherei: „Der praktische Möbelschreiner“ mit 151 Illustrat. und 2 Zeichnungen geb. Zwiefel: „Buchführung, Wechselkunde und Kalkulation des Handwerkers“ geb. Zwiefel: „Buchführung, Wechselkunde und Kalkulation des Bau- u. Möbelschreiners“ geb. Zwiefel: „Buchführung, Wechselkunde und Kalkulation des Wagners“ geb. Zimmermann: „Das Zeichnen und Färben des Holzes“ geb. F. Kern: „Jubiläumstafel“ Anleitung zum geb. F. Kern: „Der Buchhaltungsmeister“ geb. Prof. Dr. Oppenheide: „Der innere Ausbau“ umfassend über Lese, Fenster- u. Fensterbeschlässe, Wand- u. Deckenverkleidungen; Treppen in Holz, Stein und Eisen geb. Falde & Knappe: „Drehschleiere“ geb. G. G. Walde: „Der prakt. Tischler“ (Bau- und Möbelschreiner) elegant gebunden Der Bezug sämtlicher Schriften, sozialen, wirtschaftlichen wie allgemeinen Inhalts, kann die Buchhandlung des Generalsekretärs geb.